Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199. Sonnabend, den 26. August 1911. 18. Jahrg.

Heute abend lautet die Parole:

Auf in die Volksversammlung im Gewerkschaftshaus!

Hierzu eine Beilage.

Von der allgemeinen Wehrpflicht.

An der allgemeinen Wehrpflicht kann man so recht ersehen, was aus einem Ding im Laufe der Zeit nach Umständen wird. Sie ist bekanntlich ein Kind der Revolution. Als die erste französische Republik sich von der Koalition bedroht sah, als sie fürchten mußte, daß das Adelspack, das sie glücklich angebracht hatte, racheschnaubend wiederkehren würde, erklärte sie die Verpflichtung aller Bürger zum Kriegsdienst. Damit war die allgemeine Wehrpflicht geboren. Aber die Machthaber bekamen bald heraus, daß man die allgemeine Wehrpflicht auch famos zur Niederhaltung des Volkes benützen kann. Sie liefert ja nicht nur Soldaten zur Unterdrückung etwaiger Aufstandsgelüste, sondern bietet auch einen Kanal, der es ermöglicht, das ganze Volk mit militärischen Anschauungen zu durchtränken und dadurch zum unbedingten Gehorsam, zum blinden Autoritätsglauben zu erziehen. Das ist für die Machthaber ein Vorteil, den die Söldnerheere nicht boten. So ist das Kind der Revolution zum Werkzeug der Reaktion geworden.

In der deutschen Armee wird die straffe Unterordnung, der bedingungslose Gehorsam gegen den Willen der Vorgesetzten am intensivsten gepflegt. Diese Verhältnisse sind, der Natur der allgemeinen Wehrpflicht entsprechend, auf das Zivilleben des deutschen Volkes übergesprungen, wie leider an allen Ecken und Enden zu beobachten ist. Unser höheres Beamtentum ist mit dem Reserveleutnantsgeist durchtränkt und in dem unteren Beamtentum herrscht der Militäranwärter, der ehemalige Unteroffizier vor. Das ewige Einsperren, das Strafen wegen Lappalien, nach denen in freieren Ländern kein Hahn krähen würde, die fortwährende Angst um die momentan geltende Autorität — in Wirklichkeit ist der Begriff Autorität nach Zeiten veränderlich — sind Früchte der deutschen Kaserne. Das Traurigste ist aber, daß diese Dinge immer schlimmer werden müssen, weil die Armee infolge der regelmäßig einsetzenden Heeresvermehrungen immer größer wird. Mit ihnen wächst auch ständig die Zahl der Unteroffiziere und der Offiziere des Beurlaubtenstandes, also jener Organe, die militärischen Geist und militärische Anschauungen in die Beamtenwelt tragen. Man bedenke, daß die deutsche Armee jetzt ungefähr 90 000 Unteroffiziere und ca. 45 000 Offiziere des Beurlaubtenstandes aufweist. Jede neue Heeresvermehrung wird diese Zahlen noch erhöhen.

Dabei hält die Militärbehörde die Offiziere des Beurlaubtenstandes mittels der Ehrengerichte auch in ihrem Zivilleben stramm am Zügel. Auch eine politische Äußerung oder Betätigung, die in den höheren Regionen nicht angenehm erscheint, kann vor das Ehrengericht führen, zum mindesten dem betreffenden Offizier den Abschied eintragen. Dies kann ihm sogar schon dann passieren, wenn er aus rein taktischen Gründen die Wähler auffordert, in der Stichwahl einen Sozialdemokraten zu wählen. Was eine ehrengerichtliche Maßregelung für einen Offizier des Beurlaubtenstandes bedeutet, wird erst klar, wenn man die Ziffer 61 der Ehrengerichtsverordnung in Betracht zieht. Sie lautet:

„Ist der Angeschuldigte ein verabschiedeter oder ein dem Beurlaubtenstande angehöriger Offizier, der zugleich im Reichs- oder Staatsdienst angestellt ist, so ist eine Ausfertigung des Spruchs des Ehrengerichts und meiner Entscheidung der ihm vorgesetzten Behörde zu übersenden und auf Verlangen nähere Auskunft über die Veranlassung des Spruchs zu erteilen, die sich jedoch auf den tatsächlich festgestellten Sachverhalt der Untersuchung zu beschränken hat."

Die Militärbehörde erkennt sich also das Recht zu, die Zivilvorgesetzten eines Offiziers des Beurlaubtenstandes, sofern er im Staats- oder im Reichsdienst angestellt ist, vom Spruch des Ehrengerichts und der Entscheidung des obersten Kriegsherrn zu benachrichtigen. Das kann aber einem solchen Beamten seine Existenz kosten oder wenigstens seine Karriere verpfuschen. Die Zivilvorgesetzten sehen in solchen Fällen nicht einmal klar, denn sie erhalten nicht die gesamten Akten, sondern höchstens einen Aktenauszug.

Neben den Offizieren des Beurlaubtenstandes und den im Zivildienst angestellten Unteroffizieren sorgen auch die Krieger- und Soldatenvereine für die Ausbreitung militärischen Geistes und militärischer Ansichten. Nun gehören aber der militärische Geist und die militärischen Anschauungen zu den größten Hindernissen des Fortschritts. Ein Fortschritt ist nur so möglich, daß die bisherigen Götzen zertrümmert werden, daß veraltete Meinungen fallen und der geistige Kampf gegen die bisherigen Autoritäten, die naturgemäß die alten Götzen und die veralteten Ansichten verteidigen, auf der ganzen Linie geführt wird. Der richtige Militärsmann aber hängt an diesen Dingen. Er meint, die Welt müsse zugrunde gehen, wenn nicht alles hübsch beim alten bliebe, wenn das Mandarinentum zerfiele, wenn der Deutsche nicht vor jedem Beamten und Offizier in tiefster Ehrfurcht erschauern würde.

So hat die allgemeine Wehrpflicht sich aus einem Kind der Revolution zu einem Hort der Reaktion, zu einem förmlichen Netz entwickelt, in dem alle zivilisierten Völker, abgesehen von England, zappeln. Und am meisten zappelt der gute deutsche Michel. Die gesamte Bourgeoisie hat an diesen Verhältnissen heimlich ihre große Freude, denn sie sieht in der Armee ein ausgezeichnetes Mittel zum Niederhalten des Proletariats. Wohl schimpft sie über die Bevorzugung des bunten Rockes, aber sie verehrt ihn doch als ihren Schutzengel.

Und dennoch ist den herrschenden Klassen bei der Geschichte nicht ganz behaglich. Eine bange Frage quält sie und diese Frage lautet: „Wird die Armee für uns auch das bleiben, was sie ist, wenn die Sozialdemokraten sich weiter vermehren, wenn ihre Anschauungen immer tiefer ins Volk dringen und auch die Jugend erfassen?" Schon jetzt geht ein heimliches Zähneklappern durch die Reihen der Herrschenden, wie der fruchtlose Kampf gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen beweist. Aber, meine Herren, erinnern Sie sich doch ein bißchen an Horaz, den Sie in Ihrer Jugend studiert haben. Von ihm stammt der berühmte Ausspruch: »Naturam expellas furca: tamen usque recurret.« Auf deutsch: „Treibst Du die Natur mit dem Knüppel auch aus, sie kommt dennoch zurück stets." Und weil Horaz recht hat, wird auch die allgemeine Wehrpflicht eines Tages sich nicht mehr im geringsten zum Niederhalten des Volkes eignen. Wir vermuten, daß auch das Deutsche Reich diese Wandlung spätestens in 30—40 Jahren erleben wird.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Termin der Reichstagswahl.

Die Nachricht des „Berliner Lokal-Anzeigers", daß der Termin der Reichstagswahlen auf den 15. Januar 1912 festgesetzt sei, wird nunmehr auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" dementiert. — Demgegenüber muß betont werden, daß die Mitteilung des „Berliner Lokal-Anzeigers" umso wahrscheinlicher klingen mußte, als der Staatssekretär Delbrück kurz vor der Vertagung des Reichstages einigen Abgeordneten — darunter auch einem Sozialdemokraten — erklärt hat, die Wahlen werden am 16. oder 17. Januar 1912 stattfinden. Vielleicht hält man an einem dieser beiden Tage auch jetzt noch fest und konnte mit gutem Gewissen dementieren, daß der 15. Januar als Wahltag ausersehen sei. Am vernünftigsten wäre es gewesen, dem Dementi gleich das Datum des Wahltages beizufügen.

Preußen streitet ab.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

„In einem Teil der Presse ist neuerdings wiederum das Thema „Eine deutsche Eisenbahngemeinschaft" behandelt und behauptet worden, daß „ein erbitterter Kleinkrieg der bundesstaatlichen Eisenbahnen gegeneinander stattfinde", und daß „ein Staat den anderen durch Umleitungen schädige und ärgere". Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Leitung der Inlandsverkehre ist von den deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz bereits 1905 im vollen Einvernehmen einheitlich nach dem Grundsatz geregelt worden, daß Umwege über 20 Proz. der Länge nicht gefahren werden dürfen, und daß innerhalb dieser Grenze im Interesse einer wirtschaftlichen Betriebsführung stets der leistungsfähigste Weg zu wählen sei. Für diese Abrede war maßgebend, daß der kürzeste Weg nicht immer der wirtschaftlich beste ist, daß Umwege also schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und des Betriebes nicht ganz zu vermeiden sind. Andererseits beruht die Annahme, daß den Schaden das Publikum zu tragen habe, auf einen Irrtum. Die von dem Publikum zu zahlende Fracht berechnet sich stets über den kürzesten fahrbaren Weg, gleichviel welchen Weg der Verkehr in Wirklichkeit nimmt."

Die Stelle, die diese Rechtfertigung verübt hat, hätte auch besser getan, wenn sie geschwiegen hätte. Besonders die sächsische als auch die bayrische Staatsbahnverwaltung kann ein Lied singen von den „freund-nachbarlichen" Konkurrenzkniffen der preußischen Eisenbahnverwaltung, um den Durchgangsverkehr nach Möglichkeit aus diesen beiden Staaten abzulenken.

Mittelalterliches.

Der preußische Minister hat in Verfolg von Beschwerden und Reklamationen des Herold-Amtes, die sich gegen die Führung von Adelsprädikaten seitens unehelicher Kinder richteten, an sämtliche zuständigen Regierungen einen Erlaß gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß in den Standesamtsregistern außerehelich geborene Kinder nur mit dem Vornamen, nicht aber mit dem Familiennamen der Mutter eingetragen werden. Es soll in den standesamtlichen Urkunden zum Ausdruck kommen, daß den von adeligen Personen außerehelich geborenen Kindern niemals die Führung des Adels und eines Adelszeichens zustehe. Diese außerehelich geborenen Kinder führen in Unkenntnis der Rechtslage oft ein Adelszeichen der Mutter unbeanstandet fort. Die Standesämter sollen nun auf die Gesetzesbestimmungen hingewiesen werden, damit die Register und Geburtsscheine unehelicher Kinder adeliger Mütter dementsprechend ausgefüllt werden. Die Träger adeliger Familiennamen von außerehelicher Herkunft dürfen den Familiennamen der Mutter, aber ohne Adelszeichen, führen.

Seit hundert Jahren ist die Gliederung der Bevölkerung in „Stände" beseitigt, der Adel soll nur noch titulare Bedeutung haben — freilich nur theoretisch. In der Praxis spielt in Preußen nach wie vor der Adel die erste Geige — Offizierkorps, höherer Verwaltungsdienst, Diplomatie — und nun sorgt der Polizeiminister auch noch dafür, daß die adligen „Kinder der Sünde" in das Bürgertum abgeschoben werden. Mit Volldampf rückwärts ins Mittelalter!

Zur Düsseldorfer Reichstagsersatzwahl.

Zwischen den Reichsparteien ist, wie die „Kölnische Volkszeitung" berichtet, folgende Stellungnahme zur Reichstagsersatzwahl vereinbart worden: Die Christlich-Sozialen ziehen die Kandidatur des Pfarrers Tetzlaff zurück und unterstützen im ersten Wahlgange die Kandidatur des Stadtverordneten Ferkenrath. Bei der Hauptwahl im Januar nominieren die Christlich-Sozialen den Kandidaten, der von allen Rechtsparteien unterstützt wird. Es soll mit dieser Vereinbarung der Versuch unternommen werden, den liberalen Wahlverein, dem auch konservative Elemente angehören, zu sprengen. Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt dazu:

„Nachdem von linksliberaler Seite die sofortige Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidatur proklamiert war, war es für die rechtsstehenden Wähler kein Zweifel, daß unter Verwerfung der Wahlparole des liberalen Wahlvereins die entschiedenste Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie für sie Pflicht sei. Wenn die Entschließung dahin ging, im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufzustellen und erst in der Stichwahl den Hauptgegner der Sozialdemokratie zu unterstützen, so ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Agitation für eine rechtsstehende Kandidatur eine erheblich größere Zahl von Wählern zur Wahl und zur Stimmabgabe gegen die Sozialdemokratie veranlassen wird, als wenn die Wahlparole im ersten Wahlgange für das Zentrum gelautet hätte . . . . Vielleicht wird durch die Kandidatur der Rechtsparteien die Notwendigkeit einer Stichwahl herbeigeführt; aber die Aussichten in der Stichwahl sind dann für das Zentrum günstiger als wie in der Hauptwahl."

Das reine Schachergeschäft!

Reichsregierung und Reichstags-Ersatzwahlen.

Auf den Wunsch der Parteien im Wahlkreise Konstanz, eine Ersatzwahl für den verstorbenen Abg. Hug nicht mehr vornehmen zu lassen, erklärt die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“:

„Soweit derartige Anregungen sich an die Reichsverwaltung richten, wird verkannt, daß dieser die gesetzlichen Vorschriften für eine Prüfung der Frage aus dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit keinen Raum lassen. Über die Anordnung von Ersatzwahlen bestehen zwei reichsrechtliche Vorschriften: § 66 der Gewerbeordnung für den Reichstag und § 34 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes. Die erstere bestimmt, daß, wenn aus irgendeiner Ursache die Stelle eines Reichstagsmitgliedes erledigt wird, der Präsident dem Reichskanzler davon Anzeige macht, „damit dieser in der kürzesten Frist die Neuwahl veranlasse“. Die zweite Vorschrift besagt, daß, wenn für ausgeschiedene Mitglieder des Reichstags während des Laufes derselben Legislaturperiode Ersatzwahlen stattfinden, „die zuständige Behörde sofort eine neue Wahl zu veranlassen hat.“ Zuständige Behörde im Sinne dieser Vorschrift sind lediglich die Landesbehörden. Die Mitwirkung des Reichskanzlers bei Ersatzwahlen beschränkt sich daher darauf, daß er die Anzeige des Reichstagspräsidenten über die Erledigung des Mandats der Landesregierung mitteilt, deren Behörden dann ihrerseits die neue Wahl — und zwar nach gesetzlicher Vorschrift — sofort, d. h. bei Ersatzwahlen, die später als ein Jahr nach den allgemeinen Wahlen stattfinden, nach Erneuerung der gesamten Wahlvorbereitungen mit Einschluß der Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten, zu veranlassen haben.“

Wenn also bürgerliche Parteien unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Ersatzwahl vermieden wissen wollen, dann müsse sie sich vertrauensvoll an die Landesbehörden wenden, die es in der Hand haben, Ersatzwahlen monatelang hinauszuziehen.

Krieg mit der Türkei und Griechenland.

Die nationalliberale „National-Zeitung“ verlangt Repressalien gegen die Türkei und Griechenland wegen der Behandlung, der der Ingenieur Richter ausgesetzt war. Das Blatt schreibt (Nummer vom 25. August):

„Die Freude über Richters Befreiung aus den Händen griechischer Banditen wird nicht wenig getrübt durch die beschämenden Tatsachen, die ihr vorangingen und sie begleitet haben. Nun weiß es die Welt, man kann einen Deutschen auf gut Glück irgendwo gefangen nehmen, ihn ein ganzes Vierteljahr von Ort zu Ort schleppen, weder den Räubern noch dem Volk, dem sie angehören, geschieht auch nur das geringste. Ja, zum Schluß gibt es noch ein saftiges Lösegeld, das nota bena weder die Staaten, die für die Sicherheit deutschen Lebens und Eigentums haftbar sind, noch die deutsche Regierung bezahlt, sondern das man in deutschen Landen auf privatem Wege aufbringt. Man sollte es nicht glauben, daß [illegible] wir ein Auswärtiges Amt, einen Gesandten in Athen, einen Botschafter in Konstantinopel und nebenbei auch Kriegsschiffe und ein respektables Heer haben. . . .“

Die „Nationalzeitung“ verlangt möglichst schleunigst eine amtliche Darstellung der Angelegenheit durch das Berliner Auswärtige Amt. Bis dahin will sie mit ihrem abschließenden Urteil zurückhalten. Inzwischen aber verlangt sie, daß die griechische und türkische Regierung Richter ihr Bedauern aussprechen, das Lösegeld von 74 000 Mark ersetzen und obendrein eine entsprechend hohe Entschädigung für die ausgestandenen Schrecken und Plagen zahlen. Ehe diese Sühne nicht durchgesetzt sei, müßten die Beziehungen der deutschen Regierung zu Griechenland entsprechend revidiert werden.

Unsere Nationalisten sind doch nie in Verlegenheit. Wenn aus einem Marokkokrieg nichts wird, dann läßt sich unsere Schlachtflotte vielleicht gegen Griechenland und die Türkei mobil machen. Und wenn die Türken ihre Räuber nicht selber bestrafen, dann wird eine Million deutscher Soldaten den Olymp umzingeln und nicht nur Selbsthilfe, sondern auch Vergeltung üben.

Zur Strecke gebracht.

Der Gouverneur von Ostafrika, Freiherr von Rechenberg, wird im kommenden Winter von seinem Posten zurücktreten und durch den Geheimen Oberregierungsrat Dr. Schnee ersetzt werden. — Die Arendt und Liebert werden sich mächtig freuen, denn der Rücktritt des Freiherrn v. Rechenberg kann von ihnen als ein Erfolg gebucht werden. Gegen die Verwaltungstätigkeit des scheidenden Gouverneurs war absolut nichts einzuwenden, nur die Arendt-Clique lief gegen ihn Sturm, weil er die Eingeborenen angeblich zu mild und zu sehr als Menschen behandelt hatte. Noch im heurigen Frühjahr ist Freiherr v. Rechenberg im Reichstag durch den Staatssekretär gedeckt worden, und wenn er jetzt aus dem Amte scheidet, so hat er es entweder durch die fortgesetzten Angriffe satt bekommen, oder die Arendt und Konsorten haben sich mit Erfolg auf den Hintertreppen des Kolonialamtes herumgetrieben.

Konservative Jesuiterei.

In der „Kreuzzeitung“ müht sich ein konservativer Jurist mit ausgesuchter Rabulistik ab, nachzuweisen, daß auch bei an sich ganz klaren Gesetzesbestimmungen zweierlei Recht sehr leicht möglich ist, wenn der Richter nur das Gesetz in der richtigen Weise auszulegen versteht.

Es handelt sich um die Frage der strafbaren Störung des Gottesdienstes durch die abziehenden Soldaten und Offiziere des Elisabeth-Regiments bei der Predigt des Pfarrers Kraatz in Charlottenburg. Der „Kreuzzeitungs“-Jurist sucht aus der besonderen Stellung der Offiziere und ihren Dienstpflichten nachzuweisen, daß eine strafbare Störung des Gottesdienstes auch dann nicht vorliegen würde, wenn eine tatsächliche Störung durch den entstehenden Lärm eingetreten wäre. Der Offizier unterstehe den Befehlen seines Vorgesetzten; wenn beispielsweise Alarm geblasen würde oder ihm der Befehl zum Aufbrechen übergeben würde, dann handele er nur in Erfüllung einer Dienstpflicht, wenn er den Gottesdienst verlasse. Das gelte auch, wenn er die Soldaten vor dem Anhören einer Predigt bewahren wolle, die nach seiner Auffassung sich mit den Dienstinteressen nicht vertrage.

Nachdem der konservative Jurist so festgestellt hat, daß eine militärisch-konservative Störung des Gottesdienstes straffrei bleiben muß, fährt er fort:

„Dagegen möchten wir vor einem anderen Argument warnen. Es wird gesagt, daß das Verlassen des Gottesdienstes während der Predigt aus dem Grunde keine Störung im strafgesetzlichen Sinne enthalte, weil jene Predigt wegen ihres auch vom Konsistorium gerügten Charakters keine gottesdienstliche Handlung darstelle. Wir halten das juristisch für unrichtig und im übrigen für sehr gefährlich. Der „Gottesdienst“, den das Strafgesetz gegen Störung schützt, entbehrt dieses Schutzes nicht und darf seiner nicht entbehren, gleichviel welchen Inhalt die Predigt hat, die nach der kirchlichen Ordnung einen Teil dieses Gottesdienstes bildet. Man bedenke doch, wie oft der Geistliche in ernstem Ton die sittlichen und sozialen Schäden der Zeit der Gemeinde warnend vor Augen führt. Ein Sozialdemokrat oder „Simplizissimus“-Jünger fühlt sich dadurch getroffen und veranlaßt eine Störung des Gottesdienstes. Sollen wir ihm und seinem jüdischen Verteidiger den Einwand eröffnen, daß die Predigt keine richtige Predigt, sondern eine Agitationsrede gewesen sei? Diese Folgerung wäre aber bei jener Argumentation nicht abzuweisen.“

Was die Sozialdemokratie anbetrifft, so mag der konservative Jesuit beruhigt sein. Sozialdemokraten meiden die Kirche, können sich also auch nicht der Störung eines Gottesdienstes schuldig machen.

Übergeschnappt!

Die „Alldeutschen“ haben eine der Kundgebungen, wie sie im ganzen Reich stattfinden sollen, zunächst in Plauen abgehalten. Angeblich waren 1600 Personen anwesend und 600 mußten wieder fort, weil sie keinen Platz bekommen konnten. Bei der enormen Phantasie der Alldeutschen darf man ruhig 50 Prozent der angegebenen Zahlen in Abzug bringen, dann kommt man der Wahrheit vielleicht etwas nahe. In einer „Entschließung“, die angenommen wurde, kommt der Passus vor:

„Gestützt auf die begeisterte Zustimmung des ganzen Volkes und auf die Schlagfertigkeit von Heer und Flotte muß die deutsche Staatsregierung kühl auf den deutschen Ansprüchen in Marokko bestehen; das Deutsche Reich kann nur mit dem letzten französischen und spanischen Soldaten Marokko verlassen. Andernfalls bricht das bereits stark erschütterte nationale Empfinden im deutschen Volke gänzlich zusammen, und unsere Achtung in der Welt, namentlich in der mohammedanischen, verschwindet völlig. Die Staatsregierung darf sich versichert halten, daß eine wirklich tatkräftige und selbstbewußte deutsche Politik auf die freudigste Zustimmung des deutschen Volkes rechnen kann, das zur Wahrung seiner Ehre und zur Sicherung seiner Zukunft jedes Opfer willig bringen wird.“

Es gehört ein hoher Grad von Unverfrorenheit und ein ganz besonders robustes Gewissen dazu, sich mit diesen Verrücktheiten als Vertreter des deutschen Volkes aufspielen zu wollen. Dabei stimmte ein Teil der Besucher gegen die Resolution, die deshalb von dem „Voigtländischen Anzeiger“ als Sozialdemokraten und Franzosen bezeichnet werden!

Petroleum-Monopol.

Von nationalliberaler Seite ist im Reichstag ein Petroleum-Monopol verlangt worden, um die Standard Oil Company vom deutschen Markt zu verdrängen. Zu dem Stande dieser Angelegenheit erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß die deutschen Behörden bestrebt sind, die österreichische Erdöl-Industrie zu unterstützen. So ist z. B. auf den Staatsbahnen verfügt worden, daß dort nur österreichisches Öl gebrannt werden darf, obwohl dieses eine Mark teurer ist als die Offerte der Standard Oil Company. In Sachsen geben die Behörden ebenfalls dem österreichischen Öl den Vorzug, und sie sind den österreichischen Gesellschaften besonders in der Anlage von Tanks entgegengekommen. Die Reichsregierung wendet den Vorgängen ihr besonderes Interesse zu. Sie dürfte sich allerdings kaum aus eigener Initiative zur Vorlegung eines Monopolentwurfs verstehen. Sollte jedoch ein fertiger Antrag entsprechend der Resolution Stresemann vom Reichstag angenommen werden, so darf man annehmen, daß dann die Reichsregierung sich nicht ablehnend verhalten wird.

Die Reichsregierung hat in der Vorlage von Monopolentwürfen an den Reichstag ganz gewiß ein Haar gefunden, deshalb will sie den Nationalliberalen es überlassen, in dieser Richtung beim Reichstag ihr Glück zu versuchen.

Die Fleischpreise,

über die das preußische Statistische Landesamt für den Monat Juli und August eine Zusammenstellung gemacht hat, zeigen in dieser Zusammenstellung noch nicht die Wirkungen der Mißernte in den Futtermitteln. Das ist auch erklärlich, denn der Futtermangel führt eher zu Massenschlachtungen, und es müßte ein Preisdruck zu spüren sein. Die Detailpreise folgen nun freilich in der Regel sehr langsam den Großhandelspreisen, deshalb weist die Statistik wenig Veränderungen gegen früher auf. Im Durchschnitt der 50 Hauptmärkte Preußens ist das Rindfleisch und Schweinefleisch etwas teurer, das Kalbfleisch und Hammelfleisch um ein Geringes billiger geworden.

Der Durchschnitt des Rindfleisches ist von 168,9 auf 169,5 Pfg. für das Kilogramm gestiegen. Neun Orte hatten eine Preiserhöhung und ebensoviele eine Preisherabsetzung. In Berlin ist der Preis von 175 auf 177 Pf. gestiegen. Am teuersten ist das Rindfleisch mit 189 Pfg. in Wilhelmshaven, am billigsten mit 138 Pfg. in Memel. Das Kalbfleisch kostet im Durchschnitt aller Orte 185,3 Pfg. gegen 185,5 Pfg. im Juli. 4 Orte hatten einen höheren, und 10 einen niedrigeren Preis. Die Extreme bilden Memel mit 136 und Altona mit 226 Pfg. In Berlin hat sich der Kalbfleischpreis von 188 Pfg. nicht verändert. Das Hammelfleisch, dessen Durchschnittspreis von 183,7 auf 183,5 Pfg. zurückgegangen ist, ist an 4 Orten billiger und an 5 Orten teurer geworden. In Berlin hat es seinen Preis von 192 Pfg. behauptet. Potsdam und Krefeld hatten mit 200 Pfg. den höchsten Hammelfleischpreis, Emden hatte den niedrigsten mit 138 Pfg. Der Durchschnittspreis des Schweinefleisches, der bisher stetig gesunken war, ist zum ersten Male seit längerer Zeit wieder gestiegen und zwar von 145,8 auf 146,5 Pfg. 13 Orte hatten eine Preiserhöhung und nur 5 eine Herabsetzung. In Berlin ist der Preis von 132 auf 133 Pfg. gestiegen. Am billigsten war das Schweinefleisch in Memel mit 120 Pfg., am teuersten in Frankfurt a. M. mit 189 Pfg. Der Schinken ist beim Verkauf im ganzen von 250,1 auf 250,8 Pfg. gestiegen, beim Verkauf im Ausschnitt von 341,9 auf 341,7 Pfg. gesunken. Speck hat seinen Preis von 170,6 auf 169,9 Pfg. ermäßigt. Vergleicht man die Preise mit denen der ersten Hälfte des August v. J., so sind billiger als vor einem Jahre Schweinefleisch um 15,6 Pfg., Speck um 16,1, Schinken beim Verkauf im ganzen um 3,8, beim Verkauf im Ausschnitt um 2,1, dagegen teurer Kalbfleisch um 1,4, Roßfleisch um 2,0, Rindfleisch um 6,2 und Hammelfleisch um 9,2 Pfg.

Die gewaltige Werbekraft der Sozialdemokratie

weckt bei der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ schwere Beunruhigung. In einem Artikel überschrieben „Die Werbekraft der Sozialdemokratie“ stellt sie Betrachtungen über den Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena an und muß konstatieren: „daß die Sozialdemokratie in der letzten Zeit eine gewaltige Werbekraft entwickelt hat. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der Partei ist überall stark gestiegen, auch in den Landesteilen, wo man glauben konnte, daß die Partei alle ihr zugänglichen Kreise bereits gewonnen habe. Wir erinnern nur an das Königreich Sachsen und an die Reichshauptstadt. Diese Entwicklung ist nicht durch die politischen Verhältnisse zu erklären, nicht durch die Hetze infolge der Reichsfinanzreform, nicht durch den Terrorismus der „Genossen“, sondern auch dadurch, daß viele Kreise, die bisher der Sozialdemokratie, wenn auch nicht feindlich, so doch bedenklich gegenüberstanden, neuerdings diese Bedenken überwunden haben . . .“ Die „Deutsche Tageszeitung“ konstatiert weiter, daß die Einnahmen der Parteikasse gewaltig gestiegen seien. Für die bevorstehenden Wahlen habe die Partei einen Kriegsschatz, wie ihn kaum eine andere Partei aufzuweisen haben dürfte. Ganz erstaunlich sei auch das bisweilen geradezu sprunghafte Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Wähler. — Das agrarische Blatt glaubt, daß diese starke Aufwärtsbewegung der Sozialdemokratie wesentlich der veränderten Haltung gewisser Regierungskreise zuzuschreiben sei. Wenn verantwortliche Staatsmänner die ritterliche Kampfesart der Sozialdemokratie loben, andere in ihr eine großartige Bewegung sehen, dann sei es kein Wunder, daß immer weitere Kreise ihre ursprünglichen Bedenken gegen die Sozialdemokratie überwinden.“ Im übrigen aber rät die „Deutsche Tageszeitung“ den bürgerlichen Kreisen dringend, der Sozialdemokratie in der Werbearbeit nachzueifern.

Schlafende Fasanen und Reichsvereinsgesetz.

Dem polnischen Abgeordneten Korfanty, der in Oberschlesien drei Versammlungen unter freiem Himmel abhalten wollte, wurde, wie der Tante Voß geschrieben wird, die Genehmigung dazu versagt, weil solche Massenversammlungen unter freiem Himmel geeignet seien, den Schlaf der Fasanen zu stören und die Tiere zu verscheuchen, was der Jagdpächter bitter empfinden könnte. Unter reichlicher Benutzung des Telegraphen und Anrufung des Landrates, Regierungspräsidenten und Ministers gelang es wenigstens, für zwei der Versammlungen noch rechtzeitig die Genehmigung herzuschaffen. Eine der Versammlungen aber mußte ausfallen.

„In Oberschlesien machen wir das so!“

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Eine Eingabe, die die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages an die Regierung richtete, hat folgenden Wortlaut:

„Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten Ständekammer richtet der Fraktionsvorstand an die Königliche Staatsregierung hierdurch das Ersuchen, in beschleunigten Verfahren alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Behebung und Verhinderung der Steigerung der Lebensmittelpreise geboten und möglich sind.

Die in Aussicht genommenen oder schon angeordneten Ermäßigungen der Frachtsätze für Futtermittel genügen nicht. Es müssen nicht nur die Interessen der produzierenden Landwirte, sondern auch die der großen konsumierenden Bevölkerungsmasse gesichert werden, deren Ernährung durch die beginnende Teuerung in Gefahr gebracht wird. Die Mißernte in Futtermitteln ist eine bekannte Tatsache, Milch und Milchprodukte sind bereits enorm verteuert, Gemüse und Obst sind im Preise beträchtlich gestiegen und werden voraussichtlich weiter steigen. In Kartoffeln droht eine Teuerung, die sich schon jetzt in erhöhten Preisen bemerkbar macht. Alle Umstände weisen darauf hin, daß mit einem allgemeinen Notstand der minderbemittelten Bevölkerung gerechnet werden muß. Das erfordert Maßregeln sowohl um den bereits bestehenden Notstand zu beseitigen, als auch um die künftige Verschärfung der Notlage zu verhüten. In diesem Sinne ersuchen wir die Königliche Staatsregierung:

1. dem bevorstehenden Landtage bei seinem Zusammentritte eine Vorlage zu unterbreiten, durch die die inländische Fleischbesteuerung aufgehoben wird;

2. im Verein mit den Eisenbahn-Verwaltungen der anderen Bundesstaaten die Frachtsätze nicht nur für Futtermittel, sondern auch für Nahrungsmittel, die dem Massenkonsum dienen und an denen Mangel einzutreten droht, zu ermäßigen;

3. im Bundesrate mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß zunächst zeitweilig die Lebensmittelzölle und im Interesse der Erhaltung des inländischen Viehbestandes auch die Futtermittelzölle aufgehoben und daß die Reichsgrenzen für die Einfuhr von Fleisch und Vieh geöffnet werden.

Da ferner die Zollausfuhr-Vergütung auf Getreide den Inlandsmarkt entblößt und dadurch — die Wirkung der Getreidezölle verschärfend — schon zu normalen Zeiten Notstandspreise zu Getreide herbeiführt und der Ansammlung von Getreidevorräten im Inlande, wie sie im Angesichte eines herankommenden Notstandes ganz besonders notwendig ist, entgegenwirkt, ersuchen wir:

4. im Bundesrate auf eine Beseitigung des Systems der Getreideeinfuhrscheine, das sich als Ausfuhrprämiensystem darstellt, zu dringen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 26. August.

Achtung, Maler! Die Werkstelle Nisset in Schlutup ist nach wie vor wegen Nichtanerkennung des Tarifes gesperrt. Der Vorstand.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendig, Zuzug ist aber trotzdem streng fernzuhalten da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Die Firma Kloetzen, Möbelgeschäft, Königstraße 65—67, ist wegen Tarifbruch für Tapezierer gesperrt. Kein Tapezierer fange dort an zu arbeiten.

Die Ausbeutung der Kranken durch die Apotheken. Neuerdings besteht für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches eine Reichsarzneitaxe, welche die Höchstpreise der aus den Apotheken zu beziehenden Arzneien angibt. Durch die jährlichen Revisionen der Taxe sind die ohnehin sprichwörtlich hohen Preise der Arzneimittel noch weiter hinaufgetrieben worden. Die Lasten, die hierdurch dem Publikum und besonders den Krankenkassen auferlegt werden, steigen ins Ungeheure. Die Arzneimittelausgaben in der Krankenversicherung erhöhten sich von 1,69 Mk. im Jahre 1885 auf 3,55 Mk. im Jahre 1909 pro Mitglied. Im Jahre 1909 hatten die Krankenkassen rund 45 Millionen Mark für die Apotheken aufzuwenden. Der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, der einen ständigen Kampf gegen den Arzneimittelwucher führt, hat soeben eine Eingabe an die zuständige Reichsbehörde gerichtet, welche eine Ermäßigung der Ansätze der Taxe verlangt. Es wird darin darauf hingewiesen, daß jetzt sogar bei Abkochungen und Auflösungen das Wasser (!) besonders berechnet wird, daß die Flaschenpreise weit über das Verhältnis der Steigerung im Einkauf erhöht worden sind usw. Die in der Taxe angegebenen Preise beziehen sich nur auf kleine Gewichtsmengen; wird einmal eine größere Menge abgegeben, wie das in der Kassenpraxis häufig vorkommt, so wird das entsprechend Mehrfache des für kleine Gewichtsmengen festgesetzten Preises berechnet. Für Spezialitäten, die fix und fertig aus der Fabrik bezogen werden, soll der (jedenfalls hinreichende) Aufschlag von 60 Prozent erhoben werden. „Nebenbei" steht aber auch geschrieben, daß der Preis so weit erhöht werden kann, wie ihn die Reichsarzneitaxe für den Fall vorsieht, daß die Arznei vom Apotheker selbst gemacht wird. So kommt es, daß eine Flasche „Kronen"-Haematogen den Apotheker im Einkauf 70 Pfg. kostet, er sich aber 2 Mk. dafür bezahlen läßt, daß 100 Gramm Somatose, deren Packung den Verkaufspreis von 5 Mk. trägt, mit Rücksicht auf die Arzneitaxe von den Krankenkassen mit 6,40 Mk. bezahlt werden müssen. Eine Menge von Arzneien sind in der Taxe überhaupt nicht aufgenommen; der Deutsche Apothekerverein hat dafür eine Ergänzungstaxe geschaffen, welche über die Grundsätze der Reichsarzneitaxe weit hinausgeht. Weiter fehlt es an einer Bestimmung, daß die Apotheker die kleinsten Mengen abzugeben haben, wenn das Rezept keine näheren Angaben darüber enthält. Ist heute auf dem Rezept ein Migränestift verordnet, so wird die größte Nummer zu 1 Mk. abgegeben; steht nur eine Dose Tropon darauf, erhält der Kranke die größte Packung zu 500 Gramm. Trotz dieser und einer Menge weiterer Nachweise, daß die heutigen Ansätze der Reichsarzneitaxe ungerecht hoch sind, daß die Kassen immer höhere Aufwendungen für die Apotheken zu machen haben, sind doch die Apotheker ständig bestrebt, die Sätze noch weiter zu erhöhen. Die Folge kann nur sein, daß die Preise, die für eine Apotheke bezahlt werden, noch fabelhafter werden. Eine Schraube ohne Ende! Hier muß so bald als möglich mit einer Verstaatlichung der Apotheken eingegriffen werden.

Pakete mit empfindlichem Inhalt. Die Behandlung der Pakete mit Obst, zerbrechlichen Gegenständen und lebenden Tieren hat soeben das Reichspostamt zum Gegenstand einer besonderen Verfügung an alle Postämter einschließlich der Agenturen gemacht. Es wird ihnen schonende Behandlung dieser Sendungen von neuem zur Pflicht gemacht. Pakete mit Tafelobst, Weintrauben, Glas, Eiern usw. sind beim Umladen tunlichst von Hand zu Hand weiterzugeben. In den Wagenräumen und Packkammern sind sie so zu lagern, daß sie keinem Druck ausgesetzt sind. Für Glas und Eier gilt diese Vorschrift nicht nur, wenn der Inhalt außen angegeben ist, sondern auch dann, wenn er bei der Beförderung erkannt wird. Auch den Sendungen mit lebenden Tieren sollen die Postanstalten fortgesetzt besondere Fürsorge zuwenden. Vor allem soll dafür gesorgt werden, daß die Sendungen mit lebenden Tieren, auch wenn der Absender die Eilbestellung nicht vorgeschrieben hat, dem Empfänger sobald als möglich ausgehändigt werden. Werden solche Sendungen nicht ohnedies alsbald bestellt oder abgeholt, so soll der Empfänger schriftlich, mündlich oder durch Fernsprecher kostenfrei benachrichtigt werden. Wenn vorauszusehen ist, daß der Eilbotenlohn ohne Einrede bezahlt wird, können die Sendungen auch durch Eilboten abgetragen werden.

Wie zieht man eine Postsendung zurück? Der Absender einer Postsendung kann diese zurücknehmen oder auch ihre Aufschrift ändern lassen, so lange die Sendung dem Empfänger noch nicht ausgehändigt ist. Nach amtlicher Wahrnehmung verfahren jedoch die Absender hierbei häufig falsch, indem sie den entsprechenden Antrag bei der Postanstalt des Bestimmungsortes stellen. Die Postordnung schreibt ausdrücklich vor, daß die Zurückforderung nur durch Vermittelung der Aufgabe-Postanstalt geschehen kann. Es gilt dies insbesondere auch für Nachnahmesendungen. Die Postanstalt, bei der die Sendung aufgegeben ist, veranlaßt dann das Nötige brieflich oder telegraphisch. Der Absender hat dafür das Porto für einen einfachen Einschreibebrief zu entrichten. Wird der Antrag telegraphisch übermittelt, so sind die Telegrammgebühren zu bezahlen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 24. August, morgens 6 Uhr: Wasser 18½, Luft 15; morgens 10 Uhr: Wasser 19, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 20, Luft 22; abends 6 Uhr: Wasser 19½, Luft 20 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 500 männliche (darunter 3 Klassen mit 90 Schülern) und 450 weibliche Personen.

Öffentliche Bücher- und Lesehalle, Mengstraße. Im Monat Juli wurden im ganzen 9203 Bände ausgeliehen gegen 8654 im Juli 1910, was eine Zunahme von 1408 Bänden ergibt. Davon gehörten 1403 Bände den verschiedenen Gebieten der belehrenden Literatur an, gegen 1236 im gleichen Monat des Vorjahres. Neuerdings ist im Lesesaal ein systematisch geordneter Zettelkatalog aufgestellt, der sämtliche Neuanschaffungen der wissenschaftlichen Literatur umfaßt und fortlaufend ergänzt wird. Den Lesern ist somit Gelegenheit geboten, sich über alle neueingestellten Werke der belehrenden Literatur zu unterrichten, die noch nicht im gedruckten Nachtrag des Katalogs verzeichnet sind.

Handelsregister. Am 28. August 1911 ist eingetragen bei der Firma Lübecker Privatbank in Lübeck: Nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 22. August 1911 soll das Grundkapital um 1 200 000 Mk. auf 3 600 000 Mark erhöht werden. Die Erhöhung ist vorläufig um 600 000 Mark durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 3 Millionen Mark. Der § 4 des Gesellschaftsvertrages (Grundkapital) ist entsprechend geändert. Außerdem wird bekannt gemacht: Die Erhöhung, soweit durchgeführt, erfolgt durch Ausgabe von 500 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1200 Mark. Die Aktien werden zum Kurse von 128 Proz. ausgegeben. — Am 22. August 1911 ist eingetragen bei der Firma Stadthallen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen.

pb. **Ein schlechter Sohn.** Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der sich des Diebstahls zum Nachteil seines Vaters schuldig gemacht hat.

pb. **Entwendete Handkarre.** Vor einigen Tagen ist vor dem Hause Beckergrube 33 eine hellgrau gestrichene schottische Karre abhanden gekommen und vermutlich von einem Unbefugten benutzt und irgendwo hingestellt worden. An beiden Seiten der Karre ist der Name des Eigentümers: „F. Vollstaedt, Kolonialwaren", angebracht. Die Karre ist auffallend schmalspurig.

pb. **Eigentumsvergehen.** Am 25. ds. Mts., zwischen 10 und 11 Uhr abends, ist einem Arbeiter im Wartesaal 4. Klasse des hiesigen Bahnhofes ein etwa 50 cm langer und 30 cm breiter brauner Pappkarton mit folgendem Inhalte gestohlen worden: 2 neue und 1 getragener Hamburger Arbeitskittel, 1 neues blau- und weißkariertes Oxfordhemd, 2 getragene Normalhemde, 1 getragene schwarze Weste, 1 Paar Filzpantoffeln, 1 Auftragebürste, 1 Glanzbürste, 1 Stück Seife, 1 blaue Sportmütze, 1 Meldeschein, 1 Rentenschein der Hamburger Seeberufsgenossenschaft und ein Verbandsbuch für Transportarbeiter. Arbeitskittel und Hemden tragen die Firma: Heinrich Michaelsen, Hamburg, Hammerbrookstraße. Die erwähnten Papiere lauten auf den Namen Oswald Fölsch aus Hamburg. Auf dem Karton befindet sich die Adresse: H. Schütt, Hammerbrookstraße 41 in Hamburg, ferner noch ein Zettel mit der Aufschrift: Wilmersdorf bei Berlin.

Ihr diesjähriges Sommerfest feiern am morgigen Sonntag die vereinigten Guttemplerlogen J. O. G. T. im „Kolosseum". Durch Veranstaltungen der verschiedensten Art für Damen und Herren hat sich der Festausschuß bemüht, jedem Besucher Amüsement zu verschaffen, und da der Zutritt zu diesem Vergnügen jedermann gegen mäßiges Eintrittsgeld freisteht, hoffen die vereinigten Logen durch zahlreichen Besuch für die aufgewandte Mühe entschädigt zu werden.

Hansa-Theater. Taegers Sensations-Komödien-Ensemble, welches von seinem vorjährigen erfolgreichen Gastspiel noch in bester Erinnerung steht, beginnt ab 1. September sein zweites Gastspiel. Zunächst gelangt der Sensationsschlager „Der Selbstmord-Klub" zur Aufführung.

Hausfrauen und Mütter!

Den Milchverteuerern ist der Krieg erklärt!

Kauft keine Milch zu erhöhten Preisen!

Internationale Ringkämpfe im Hansa-Theater. Am Freitag siegte Reglin-Lübeck über den Luxemburger Collon in vier Minuten. Hansen-Dänemark brachte Winzer-Hamburg nach 13 Minuten durch Mühle mit beiden Schultern auf den Teppich. Müller-Bayern brauchte 16 Minuten, um den Buchheim durch Untergriff von der Seite zu besiegen. Michailoff-Rußland errang über Mourzouk-Marokko einen Sieg nach einer Gesamtzeit von einer Stunde und acht Minuten.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Die morgige große Doppel-Vorstellung, die um 7 Uhr beginnt, bringt außer der entzückenden Operette „Die Puppe", Lancelot Fritz Redwitz als Gast, noch einmal Max Halbes gewaltiges Werk „Der Strom"; auch diesmal wird Herr Erasmi, der junge Lübecker Künstler, den Peter Doorn spielen. Dienstag geht zum Benefiz für Fritz Redwitz „Wiener Blut", von Johann Strauß in Szene. Um den Schluß der Spielzeit noch so interessant wie möglich zu gestalten, hat die Direktion den französischen Schlager „Théodore u. Cie." für das Stadthallentheater erworben und geht der neueste Schwank am 1. September zum ersten Male hier über die Bühne.

Rückniß. Ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil und dem Fuhrwerke des Räuchereibesitzers Niemann in Schlutup ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wird, am Montag nachmittag gegen 4 Uhr. Bei dieser Kollision erlitt Herr Niemann einige Quetschungen, während das Pferd erheblich verletzt wurde. Das Auto raste, ohne sich um seine Opfer zu kümmern, in schnellem Tempo davon.

Mölln. Raub. Der zwischen hier und Koberg verkehrende Privat-Omnibus, der auch die Postbeförderung besorgt, ist zwischen Mölln und Alt-Mölln überfallen worden. Zwei Strolche zwangen den Kutscher unter Vorhaltung eines Revolvers zum Halten und raubten ein im Wagen befindliches Postpaket. Der Kutscher konnte dann die Weiterfahrt antreten; die Räuber verschwanden in den Knicks. Am andern Morgen entdeckte man den einen in einer Wirtschaft in Woltersdorf, wo er festgehalten werden konnte. Er nannte sich Piller aus Leipzig. Der andere, der durch die Flucht entkam, soll ein gewisser Träger aus Magdeburg sein. In dem Paket befanden sich Kleidungsstücke und ein Waffenrock. Die Kleider hatte Piller angezogen, der Waffenrock wurde in einem Strohdiemen gefunden. Wie der Verhaftete angab, hatten sie auch einen Einbruch in die Kirche zu Breitenfelde geplant.

Kiel. Unter schwerem Verdacht. Der Privatlehrer F. aus der Ringstraße wurde verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt, weil er im Verdacht steht, Minderjährige verführt zu haben. Er ist verdächtig, seit längerer Zeit Mädchen, die eben das 14. Lebensjahr vollendet hatten, in seine Wohnung gelockt und dort verführt zu haben. F. ist wegen Sittenverbrechens vorbestraft.

Friedland. Großfeuer. Donnerstag nachmittag wütete auf dem benachbarten Gute Klockow ein Großfeuer. Dieses war dadurch entstanden, daß man in dem Kamine des von dem Schweizer bewohnten Hauses altes Bettstroh verbrannt und durch Funkenflug aus dem Schornstein das mit Rohr gedeckte Dach Feuer gefangen hatte. Das Gebäude war in kurzer Zeit eingeäschert. Das Feuer sprang dann auf den etwa 60 Meter entfernt stehenden Viehstall über, es fand an der weichen Dachung reiche Nahrung und verbreitete sich mit großer Geschwindigkeit. In dem Viehstall standen über 100 Haupt Rindvieh, die glücklicherweise gerettet werden konnten. 13 vier Wochen alte Kälber kamen in den Flammen um. Weiter verbrannten sehr erhebliche Futtervorräte, die im Viehhause lagerten, sowie eine große Anzahl landwirtschaftlicher und milchwirtschaftlicher Geräte. Ein auf der anderen Seite der Straße stehender Speicher wurde von dem verheerenden Elemente gleichfalls ergriffen und eingeäschert, wobei etwa 2000 Zentner Getreide durch Feuer zerstört wurden.

Theater und Musik.

Die Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein im Stadthallen-Theater bringt am kommenden Montag abend eine Aufführung der Operette „Don Cesar" von Rud. Dellinger. Die Handlung, welche dem Werk zugrunde liegt, ist kurz folgende: Der König von Spanien hat, obwohl verheiratet, ein leicht entzündliches Herz. Er sieht und hört die Straßensängerin Maritana, verliebt sich in sie und will sie um jeden Preis besitzen. Maritana, die den König nicht kennt, will jedoch von seinem Werben nichts wissen, es sei denn, daß er sie heiratet. Natürlich geht das nicht so einfach. Der Minister, welcher die Liebschaften des Königs unterstützt, um ihn in seine Hand zu bekommen, rät dazu, Maritana mit einem Edelmann zu verheiraten, dessen Stelle nach der Hochzeit der König einnehmen soll. Natürlich sollen die Brautleute sich vor der Trauung nicht sehen und Masken tragen. Es gilt nun, nach einem geeigneten Ehe-Strohmann Umschau zu halten. Während der Minister und sein etwas beschränkter Archivar noch hiermit ihr Gehirn belästigen, erscheint Don Cesar auf dem Plan, ein Mann aus altem edlen Geschlecht, zwar an Charakter ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle, aber pekuniär im Dalles und äußerlich herabgekommen. Raufen und Würfeln sind seine Lieblingsbeschäftigung. Der Minister begrüßt ihn, den er verachtet, auf das herzlichste in der Absicht, ihn für seinen Plan zu gebrauchen. Und die Gelegenheit bietet sich bald. Don Cesar, ein Freund lustiger Streiche, beteiligt sich an einem Ständchen, das fröhliche Pagen der schönen Theresa, der Nichte des Archivars, bringen. Nun aber ist den nächtlichen Ruhestörern eine öffentliche Auspeitschung in Aussicht gestellt, während auf Raufereien mit der Waffe in der Hand der Tod durch Erhängen angedroht wird. Als die Wache die jugendlichen Straßensänger verhaften will, bittet Don Cesar für sie. Vergeblich. Dann fordert er den Anführer der Wache zum Zweikampf heraus und verwundet ihn. Die Folge ist seine Verhaftung und Verurteilung zum Tode durch den Strang, für einen Edelmann ein schimpfliches Ende. Der Minister sucht Don Cesar nun für seinen Heiratsplan dadurch zu gewinnen, daß er ihm einen ehrenvollen Tod durch die Kugel in Aussicht stellt, wenn er in die Trauung willigt. Don Cesar geht darauf auch ein. Bedingung ist, daß er sowohl als auch die Braut vermummt diese „heilige Handlung" begehen. Mittlerweile ist der Anführer der Pagen, die Don Cesar unterstützt und beschützt hat, nicht untätig gewesen. Er hat einen der Soldaten, die den Don Cesar erschießen sollen, dazu bewogen, aus den Gewehren die Kugeln herauszuziehen. Als nun nach der Trauung die Exekution vorgenommen wird, gibt es wohl einen großen Knall, aber Don Cesar bleibt unverletzt und entkommt. Der schlaue Minister hatte aber nicht nur den Tod durch den Strang in einen solchen durch Erschießen umgewandelt, sondern auch vom König die volle Begnadigung erwirkt, um nach dem vermeintlichen Tode Cesars Maritana einen falschen Ehemann, nämlich den König, vorstellen zu können. Maritana, die instinktiv fühlt, daß letzterer nicht ihr rechtmäßiger Gatte ist, wendet sich von diesem ab und will seine Wünsche nicht erfüllen. Mittlerweile erscheint Don Cesar in dem Schloß und verliebt sich in seine schöne Gemahlin, die er zum ersten Male sieht. Er überrascht den König in deren Gemächern und stellt ihn zur Rede darüber ob „seine Ehre verletzt" sei. Der König beruhigt ihn, erkennt nachträglich seine Verdienste an und ernennt ihn zum Gouverneur von Granada.

Diese, wenn auch nicht gerade aufregende oder bedeutende, aber doch nicht ganz uninteressante Handlung hat Dellinger mit einer sehr ansprechenden Musik umrankt und mit hübschen Melodien durchwoben, die früher in aller Munde waren. Außerordentlich populär ist beispielsweise das Ständchen „Komm herab, o Madonna Theresa" und das Lied des Pueblo „Ich bin ein junges leichtes Blut". Wir zweifeln nicht daran, daß am Montag abend das Stadthallen-Theater ausverkauft sein wird. Eine kleine Anzahl Billetts sind heute abend noch im Gewerkschaftshaus zu haben.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 25. August.

1. Qualität	153—156 Mk.
2. „	130—135 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	128—134 „
do. II. do.	118—127 „
Galizische und ähnliche,	— „
Finländische Sommerbutter, verzollt	— „
Amerikanischeund fremde, verzollt	— „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 25. Aug

Auftrieb 2165 Schweine. Markt mäßig rege — —, Überstand 250 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 61,00 (—,— bis 49,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 61,10 (—,— bis 49,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 60,— bis 61,50 (47,— bis 48,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 60,— bis 61,50 (47,— bis 48,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 52,00 bis 60,00 (39,50 bis 45,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 52,— bis 54,00 (41,50 bis 43,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 46,— bis 50,— (36,00 bis 39,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

„Brennabor und Florett"-
Fahrräder.

Viele **Arbeiter** bezeugen mir, daß sie mit meinen Rädern am besten und billigsten fahren. Bekannt kulante Bedienung und erleichterte Zahlungsbedingungen. Sämtliche Reparaturen und Ersatzteile. Schriftliche Garantie.

H. A. Hill Nachflgr., Walter Schmidt, Reparatur-Werkstatt, Johannisstraße 9.

Butter

ist unerschwinglich teuer!

Probieren und kaufen Sie jetzt:

Van den Bergh's

berühmte, beliebte und bewährte Margarine-Marken

Vitello Cleverstolz

per Pfd. **80** Pfg. per Pfd. **90** Pfg.

Unerreicht (leicht gesalzen)

per Pfd. **100** Pfg.

Original-Fabrik-Marken Feinste Qualitäten
Beim Einkauf fordere man obige Marken.

Theodor Lüders & Hintz

Koks- und Kohlenhandlung
empfehlen zu

billigsten Sommerpreisen

sämtl. Brennmaterialien

Kontor: **Beckergrube 48.** **Fernsprecher 188.**
Lager: **Kanalstraße 23** und **120.**
Geöffnet von **6** Uhr morgens bis **7** Uhr abends.
Sonntags von **7** bis **9** Uhr morgens.

Ab Lager alle Preise ermäßigt.

Billiger Lager-Verkauf.

Mein Lager bei der Drehbrücke ist morgen
Sonntag, den 27. ds. Mts.
morgens von 7—9 Uhr
geöffnet.

Ia. Hartkoksbries zu 85 Pfg. pro Ztr.

ab Lager.

Auch alle anderen **Brennmaterialien** sind **im Preise ermäßigt.**
Dieses ist der **letzte Sonntag**, an dem die **billigen Sommerpreise** gelten.

Christian Gäde

Kontor: **Fischergrube 4.** **Fernsprecher 242.**

Für den Winterbedarf

empfehle ich alle Sorten

Brennmaterialien

in nur vorzüglichen Qualitäten zu billigsten Sommerpreisen frei Haus.

Hans Lübcke,

Wickedestraße 33/35. Telephon 2378.

Konzerthaus „Flora".

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Lübeck-Schwartau.

Linie Drehbrücke: Vorm. 8, 9.30, 11; nachm. von 1—9 Uhr halbstündl.
Linie Hüxterdamm: Vorm. 10 Uhr; nachm. 1.30, 2.45, 4.15, 6.15, 7.45 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Planet"

Fackenburg und Umgegend.

Einladung zum

Stiftungsfest

am Sonntag, 3. September
in F. L. Paetaus Gesellschaftshaus
Fackenburg.

Anfang der Korsofahrt 4 Uhr.
Anfang des Balles 6 Uhr,
Ende morgens.
Eintritt 60 Pfg., einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Der Vorstand.

Die verausgabten Karten behalten ihre Gültigkeit.
Die umliegenden Bundesvereine sind freundl. eingeladen.

Tiergarten.

Arnimstraße 51.
Auf vielfachen Wunsch!!!
Heute:

2. humorist. Konzert

ausgef. v. d. Oberl.-Truppe
„Die fidelen Bayern".
Eintritt gänzlich frei!
Anfang 4 Uhr. Ende 7½ Uhr.

Zauberflöte.

Täglich Auftreten der humoristischen Kapelle:

„Die fidelen Bayern"

Anfang 7½ Uhr.
Eintritt frei!

Achtung!

UNIVERSUM.

Heute Sonnabend und morgen Sonntag:

Großer Komödienabend.

NB. Mit großen Überraschungen.

L. Puls.

HANSA THEATER

Sonnabend, d. 26. August
Konzertanfang **8** Uhr.
Beginn der Vorstellung **8½** Uhr.
(14. Tag) Es ringen:

Reglin (Lübeck) gegen **Michailoff** (Rußland)
Buckheim (Sachsen) gegen **Winzer** (Hamburg)

Entscheidungs-Kampf:

Eggeberg gegen Müller.

Vorher:

Gr. Spez.-Vorstellung.

Die Ringer für Sonntag werden an den Anschlagsäulen bekannt gegeben.

Vorverkauf bei **Sager.**

Stadthallentheater.

Sonntag 7 Uhr. 70. Abonn.-Vorst.
Große Doppel-Vorstellung.
Gastspiele Oskar Erasmi und Fritz Redwitz.

Der Strom. Drama in 3 Akten.
Peter Doorn . . . Oskar Erasmi.

Die Puppe. Operette in 3 Akten.
Lancelot . . . . . Fritz Redwitz.

Montag: **Keine Vorstellung.**
Dienstag: Benefiz Fritz Redwitz.

Wiener Blut.

Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Lassalle-Feier

bestehend in Rezitationen, Festrede, turnerischen Aufführungen, Gesangs-Vorträgen und Konzert

unter Mitwirkung des Hofschauspielers a. D. Blöss, des Arbeiter-Sängerbundes und des Arbeiter-Turnvereins

am Donnerstag, dem 31. August 1911

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 8 Uhr. Eintritt **20** Pfg. Saalöffnung 7½ Uhr.

Das Komitee.

Karten sind zu haben im Parteisekretariat, in der Expedition des „Lüb. Volksboten", im Gewerkschaftshaus, bei Karl Wittfoot, Gustav Ehlers und Fr. Lender, Hüxstraße, sowie bei den Boten der Partei.

J. O. G. T.

Sommerfest

der vereinigten Guttempler-Logen Lübecks

verbunden mit

Garten-Konzert, Gesangvorträgen, Aufführungen und Ball

am Sonntag, dem 27. August 1911

im Kolosseum.

Anfang 5 Uhr nachmittags. Ende 2 Uhr.
Herren-Karte 60 Pfg., eine Dame frei. Damen-Karte 30 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein

Der Logenausschuß.

Gesangverein der Zimmerer.

Einladung zum

Sommerfest

bestehend aus

Konzert, Gesangvorträgen u. Ball, sowie Herren-, Damen- u. Kindervergnügen und Tombola,
unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Eiche"

am Sonntag, dem 27. August

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Ende 2 Uhr.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Herren-Schießen findet morgens von 11—1 und nachmittags von 5—8 Uhr statt.

NB. Die nicht verkauften Tombolalose müssen bis **Dienstag abend 8 Uhr** bei **J. Mohr** abgeliefert sein, widrigenfalls sie als verkauft gelten.

Das Komitee.

Schweinegilde St. Lorenz u. Umgeg.

Sommerfest

am Sonntag, dem 27. August 1911
im Lokale des Herrn Rieck, Hansa-Halle.

Anfang 5 Uhr. Ende morgens. Um 10 Uhr Laternenpolonäse
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Es ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Gesangverein „Einigkeit".

Sommerfest

verbunden mit **Tombola, Preisschießen, Damenvergnügen und Ball**

am Sonntag, dem 27. August 1911

im Lokale des Herrn **Benn,** „Luisenlust".

Anfang 5 Uhr. Eintritt 60 Pfg. Ende 2 Uhr.

Das Komitee.

„Weisser Engel"

Dienstag, den 29. August:

Ernte-Ball

der sämtlichen Arbeiter Lübecks.

Anfang 4 Uhr. Ende morgens.

Heinr. Wulff. Heinr. Tollgreen.

Waisen-Hof. Sonntag: TANZ.

Eintritt frei. **Gustav Gipp.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 199. Sonnabend, den 26. August 1911. 18. Jahrg.

Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag zu Jena 1911.

Maifeier.

Wenn die Beteiligung an der Maifeier auch nicht so groß wie im Vorjahre war, wo die Maifeier auf einen Sonntag fiel, so war doch eine so starke Beteiligung zu verzeichnen, wie noch nie an einem Wochentage. Das meldeten übereinstimmend die Berichte aus Nord- und Süddeutschland. Die Gegner, die da glaubten, daß die Maifeier tot sei, erlebten das Gegenteil.

Die diesjährige Maifeier hat bewiesen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai in viel stärkerem Maße durchgeführt werden kann, als manche Pessimisten glaubten. Das deutsche Proletariat wird am 1. Mai 1912 den Beweis liefern, daß der Maifeiergedanke marschiert.

In Preußen blieben die Behörden ihrer alten Polizeipraxis treu und suchten die Maifeier durch ein Verbot der Maiumzüge zu beeinträchtigen. Sie erreichten damit das Gegenteil. Die Beteiligung an der Maifeier wurde durch die aufreizenden Verbote gesteigert. Die Verbote wurden mit „Gefahr für öffentliche Ordnung und Sicherheit" begründet. Das widerspricht dem Reichsvereinsgesetz. Tatsächlich hat das Oberverwaltungsgericht auch in einigen Fällen die vorjährigen Verbote der Maifeierumzüge für ungesetzlich erklärt. Aber was nutzt es, wenn reichlich ein halbes Jahr später eine derartige richterliche Entscheidung letzter Instanz gefällt wird? So wurden z. B. die Polizeibehörde in Brackwede und der Amtsvorsteher von Poppenbüttel bei Hamburg durch das Oberverwaltungsgericht wegen ihrer vorjährigen Verbote des Maiumzugs zurechtgewiesen, weil sie für die behauptete Gefährdung der Ordnung und Sicherheit keine Gründe tatsächlicher Art anführen konnten. In anderen Fällen, z. B. für Magdeburg und Köln, wurde das Verbot der Polizei für gerechtfertigt erklärt, obwohl auch hier in den lokalen Verhältnissen keine Tatsachen begründet sind, die nach dem Willen des Gesetzgebers ein Verbot rechtfertigen könnten. Hatte doch die Magdeburger Polizei ursprünglich den Maiumzug für 1910 genehmigt und erst auf Eingreifen des Ministers die Genehmigung rückgängig gemacht.

Ein klassisches Beispiel für die Auffassung der Polizei ist die Begründung des diesjährigen Verbots des Halleschen Maifeierumzugs, in dem es u. a. heißt:

„Es muß auf den demonstrativen Charakter der geplanten Veranstaltung und darauf Rücksicht genommen werden, daß in einer Stadt von über 180 000 Einwohnern, wie in der Bevölkerung jeder Großstadt, notorisch zahlreiche Elemente vorhanden sind, die ausgesprochene Neigung zu Skandalen und Widersetzlichkeiten gegen die öffentlichen Sicherheitsorgane haben und nur auf die Gelegenheit solcher Veranstaltungen warten, um ihrer Neigung zu frönen. Unter diesen Umständen kann die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und den Schutz des Rechtsfriedens der Allgemeinheit bei Zulassung des Maiumzuges nicht übernommen werden."

Über diese Art der Begründung wird im Reichstage bei Behandlung des Themas: „Polizei und Reichsvereinsgesetz" noch ein kräftiges Wort zu sagen sein. Bei den imposanten Umzügen und Massenspaziergängen, die am 1. Mai in Dresden, Chemnitz, Leipzig, Bremen, Hamburg, Stuttgart, München, Braunschweig, Mannheim usw. stattfanden, hat nirgends der Janhagel der Großstadt die Demonstrationen der klassenbewußten Arbeiterschaft gestört. Daß es in Preußen nicht anders wäre, haben die Wahlrechtsdemonstrationen des vorigen Jahres zur Genüge bewiesen.

Auf Grund der Leipziger Maifeierbeschlüsse ist in den meisten Bezirken zwischen Partei und Gewerkschaften eine Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Bezirksfonds zustandegekommen. In diese Fonds fließen die Tagesverdienste, die die feiernden Angestellten und Arbeiter für den 1. Mai abliefern, und die Überschüsse der Maifeierveranstaltungen. Ferner werden in den meisten Agitationsbezirken Maimarken ausgegeben, von denen die Genossen, die am 1. Mai arbeiten, eine bestimmte Anzahl entnehmen. Daß Partei und Gewerkschaft die Maifeier gemeinsam vorbereiten, hat sich als durchaus zweckmäßig bewiesen.

In einer Reihe kleinerer Orte fanden in diesem Jahre wieder Maifeiern am Sonntag vor dem 1. Mai statt. Das ist nach den Leipziger Beschlüssen unzulässig und muß für die Zukunft vermieden werden. Die Maifeier muß am 1. Mai stattfinden.

* * *

Parteipresse.

Die Zahl der täglich erscheinenden Parteiblätter hat sich gegen das Vorjahr um 6 vermehrt. In Württemberg erscheint seit dem 1. Oktober v. J. die „Freie Volkszeitung" für Göppingen und seit dem 1. Juni d. J. die „Eßlinger Volkszeitung" für Eßlingen. Beide sind zunächst Kopfblätter des Stuttgarter Parteiorgans. Auch der seit Mitte September erscheinende „Volksbote" für Zeitz ist vorerst ein Kopfblatt des „Halleschen Volksblattes", ebenso wie die „Flensburger Volkszeitung", die seit 1. April erscheint, ein solches der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung". Unsere Zeitzer Genossen haben inzwischen eine eigene Druckerei errichtet, in der sie ihr Blatt seit dem August d. J. herstellen. In Freiburg erscheint seit dem 1. Juli in eigener Druckerei die „Volkswacht". Gegen den neuen Streiter im badischen Oberlande machten die Dekane der Kapitel des Verbreitungsbezirks die Geistlichkeit mobil, die gleichzeitig von den Kanzeln herab Propaganda für die katholische Presse treiben sollten. So wurde die allgemeine Aufmerksamkeit auf das neue Blatt gelenkt. Auch die Lörracher Genossen lassen seit dem 1. Juli die bisher wöchentlich erscheinende „Volkszeitung" täglich erscheinen. Ein neues Wochenblatt geben unsere Danziger Genossen unter dem Titel „Volkswacht" seit Ende September heraus.

Die Partei besaß am Schlusse des Berichtsjahres 81 Tageszeitungen, die in 61 Druckereien hergestellt werden. Die Revision der Parteigeschäfte, die zu der Gesamtpartei finanzielle Beziehungen haben, erfolgte bisher im Nebenamte. Seit Mitte Februar werden diese Revisionen im Hauptamte ausgeführt. Der bisherige Revisor ist gleichzeitig technischer Gutachter des Parteivorstandes für Druckerei- und Presseangelegenheiten.

Über die der Parteipresse aus der Zentralkasse geleisteten Zuschüsse gibt der Kassenbericht Auskunft.

In dem Sozialdemokratischen Pressebureau wurde die Stelle eines vierten Redakteurs geschaffen. Die Parteipresse hat nach dem im Vorjahr aufgestellten Finanzplane 32 000 Mk. zu den Kosten des Pressebureaus zu zahlen. Der für das Pressebureau aufgestellte Finanzplan hat sich bewährt. Über den Zuschuß der Zentralparteikasse, der nach dem Voranschlag auf 10 000 Mk. angesetzt ist, gibt der Kassenbericht Auskunft. Sowohl von Parteiblättern als auch von Gewerkschaften wurde mehrfach gewünscht, daß das Pressebureau Berichte über die Generalversammlungen der Gewerkschaften bringen möchte. Das war nach den bei Gründung des Bureaus festgelegten Grundsätzen ursprünglich nicht Aufgabe des Pressebureaus. Versuchsweise wurden während der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes der Metallarbeiter durch den Gewerkschaftsredakteur des Pressebureaus ein größerer und ein kleinerer Bericht für die Parteipresse aufgenommen. Über das Ergebnis dieses Versuchs soll auf einer im September stattfindenden Redakteurkonferenz diskutiert werden, bevor in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternommen werden.

Pressebureau. 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911. Einnahmen: 81 441,49 Mk. Ausgaben: 78 336,11 Mark. Bilanz: Die Zentralkasse hat an die Kasse des Pressebureaus gezahlt 33 100,— Mk. Und hat für das Pressebureau direkt verauslagt 5 467,70 Mk. Zusammen 38 567,70 Mk. Die Zentralkasse hat vom Pressebureau an Rückzahlungen erhalten 24 700,— Mk. Und für den gewerkschaftlichen Nachrichtendienst 4000,— Mk. Zusammen 28 700,— Mk. So daß ein tatsächlicher Zuschuß von 9 867,70 Mark geleistet wurde.

* * *

Über den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", des „Wahren Jakob" und der „Gleichheit" geben von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des „Vorwärts". 1910/1911. A. Eingänge: Abonnementsgelder durch die Expedition 1 264 309,55 Mark. Abonnementsgelder durch die Post 65 400,95 Mk. Inseraten-Einnahme 593 368,75 Mk. Überschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition 6921,40 Mk. Überschuß der Speditionen 55 256,50 Mk. Gesamt-Einnahme 1 985 257,15 Mk. B. Ausgänge: Diverse Unkosten: (Miete, Zeitungsabonnement, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Überweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare ꝛc.) 91 727,05 Mk. Mitarbeiter: Politik 37 124,70 Mk. Soziales und Gerichtliches 11 666,25 Mark. Gewerkschaftliches 9795,95 Mk. Versammlungen 1917,45 Mk. Lokales 10 472,50 Mk. Vorort 4721,70 Mk. Feuilleton 15 734,05 Mk. Redakteure 70 048,40 Mk. Depeschen und Parlamentsberichte 3720,— Mk. Neue Welt 71 861,— Mk. Gehälter der Expedition 29 257,20 Mk. Gerichtskosten 4599,70 Mk. Redaktionsbibliothek 889,55 Mk. Expeditionen 67 474,25 Mk. Druckrechnung 1 388 690,35 Mk. Gesamt-Ausgabe 1 819 690,10 Mk. Gewinn 165 558,05 Mk. Wie oben unter A 1 985 247,15 Mk. Der Gesamt-Überschuß beträgt 165 558,05 Mk.

„Die Neue Zeit". 1. Januar bis 31. Dezember 1910. A. Eingänge: 58 346,75 Mk. B. Ausgänge: 56 942,88 Mk. Gewinn-Saldo 1403,87 Mk. Der Abonnentenstand betrug Ende 1909 9000, Ende 1910 9800, 1. Juli 1911 10 500.

„Der wahre Jakob". 1. Januar bis 31. Dezember 1910. A. Eingänge: 296 216,37 Mk. B. Ausgänge: 255 874,32 Mk. Gewinn-Saldo 40 342,05 Mk. Der Abonnentenstand betrug Ende 1909 250 000, Ende 1910 286 000, 1. Juli 1911 307 000.

„Die Gleichheit". 1. Januar bis 31. Dezember 1916. A. Eingänge: 76 396,18 Mk. B. Ausgänge: 63 146,67 Mk. Gewinn-Saldo 13 239,51 Mk. Der Abonnentenstand betrug Ende 1909 82 000, Ende 1910 85 000, 1. Juli 1911 94 500.

* * *

Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurden folgende Hefte neu herausgegeben: Heft 24, „Die Hygiene der Arbeiterwohnung" von Hugo Hillig (10 000); Heft 25, „Die Parasiten des Menschen" von Dr. H. Lipschütz (10 000); Heft 26, „Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens" (10 000); Heft 27, „Sport und Arbeiter" von Dr. Silberstein (10 000); außerdem wurden verschiedene Hefte, insgesamt 63 000 nachgedruckt.

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(29. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Martha Neubrodt hatte den Korb wieder über den linken Arm genommen. Sie legte dem Rechtsanwalt die rechte Hand vertraulich auf die Schulter und sagte:

„Sie kennen mir noch nich. Mit dem Jerichtshof werde ick schon fertig werden. Wer sich jrün macht, den fressen die Ziegen. Und jrün sind wir nich. Ick bin unter die Frankfurter Linden jeboren. Da kriegt jedes Kind Jrütze mit uf die Welt. Die Jungens einen Kopf voll und die Mächens zwee. Daß Sie's nur wissen, Herr Rechtsanwalt. Und vor Ihrem Jerichtshof, da habe ick auch nich so viel Bange."

Van Tenius suchte dem kecken Mädchen noch einmal klar zu machen, warum sie sich genau an die Wahrheit halten müßte, und dann schieden sie als gute Freunde.

Als er wieder allein war, sank die Erinnerung an den gestrigen Tag sofort auf ihn nieder. Er suchte sich durch Arbeit zu befreien. Er erledigte mit seinem Schreiber einige eilige Geschäfte und fuhr dann nach Moabit, wo er die Verteidigung in einer Sozialistensache zu führen hatte. Darauf suchte er den Polen auf.

Er erzählte ihm von dem Besuch der Kohlengöre und veranlaßte ihn in einer schwierigen Unterhaltung, in der Twardki seinen Advokaten immer wieder überlisten wollte, dem Untersuchungsrichter den Namen seiner Zeugin zu nennen. Twardki konnte sich kaum entschließen. Er hätte sich vor einigen Tagen an einem Gericht Erbsen den Magen überladen. Da hätte ihm das Leben nicht mehr gefallen, und so hätte er seinen Schatz zu Hilfe gerufen. Jetzt wäre er aber wieder auf den Beinen, und der Herr Advokat müßte es schon allein fertig bringen.

Als van Tenius Twardkis Zelle verließ und sofort auf dem öden Korridor der Gedanke an das verlorene Liebesglück sich seiner wieder bemächtigen wollte, stampfte er die Schwäche energisch nieder und besuchte nach einander die drei Klienten, die er in den Räumen des Untersuchungsgefängnisses hatte. Von jedem hatte er etwas zu erfahren, was entweder dem Prozeß oder seinen wissenschaftlichen Arbeiten zugute kommen konnte, und so waren einige Stunden wieder mit Arbeit ausgefüllt.

Langsam und nachdenklich kehrte er zurück. Er ist ein Mann und wirds überwinden, und seine armen Teufel werden keinen Nachteil davon haben, daß ihr Anwalt sich eines schönen Weibes willen hat ein behagliches Heim errichten wollen. Der Verteidiger der armen Leute soll nicht reich sein, nicht zufrieden, nicht glücklich. Er soll einsam ein alter Narr werden, damit er für nichts Besseres lebt, als für die andern.

In seiner Stube fand van Tenius einen Brief. Mariannens Handschrift. Ein Lohndiener aus dem Hotel hatte ihn gebracht.

„Mein einzig geliebter Freund!

Es ist nicht möglich, Du kannst und darfst so nicht von mir gehen. Ich kann es nicht glauben, daß eine grenzenlose Hingebung von Jahren, daß eine treue Liebe ohne Wanken und Schwanken so endigen soll. Robert, wenn Du mich so verlassen kannst, dann hast Du mich elend getäuscht, dann haben wir uns beide belogen, dann wäre es besser, wir hätten uns nie gesehen, und ich hätte in meinem armseligen Dasein nicht jahrelang geglaubt und gehofft, daß Du mich liebst. Verächtlich bin ich Dir erschienen und noch verächtlicher erscheine ich Dir vielleicht heute. Ich aber habe keine Scham vor Dir, denn ich liebe Dich besser als Du mich. Ich sage Dir heute wie gestern, ich bin Dein, ich liebe Dich, ich kann und will mein Leben nicht denken ohne Dich, und ich bitte Dich, sei großmütig, nimm mein Geschenk an. Ich erwarte Dich oder ein gutes Wort von Dir.

„Mein einziges geliebtes Herz, ich liebe Dich. Aber auch das muß ich Dir sagen in diesem Brief, und wenn ich wüßte, daß jedes Wort mein Todesurteil ist. Ich ändere meinen Entschluß nicht. Die ganze Nacht habe ich mich selbst gefoltert, um mir das zu entreißen, was Du verlangst. Aber ich kanns nicht. Du irrst nur, wenn Du glaubst, das habe etwas mit der Liebe zu Dir zu tun. Mit Leib und Seele bin ich Dein und schenke mich Dir mit Leib und Seele, und weiß dabei nur, daß ich mein Kind zu schützen habe, gegen meine Liebe zu Dir. Das tue ich, weil ich so handeln muß. Und wenn ich damit mein Leben zertrümmert habe . . . aber nein, das wird nicht geschehen, Du wirst wiederkommen.

„Dein, in Schmerz und Liebe immer Dein!

Marianne."

Van Tenius ließ die Hand mit dem Brief auf den Tisch niedersinken. Sein Kopf schob sich schwer vor. Die Adern auf seiner Stirn schwollen an, und der Mund verzog sich wie zu einem Fluch. Dann zerriß er die Blätter in kleine Stückchen, warf sie in den Papierkorb und setzte sich an den Schreibtisch.

„Meine Teure".

Er zerriß das Blatt und fing von neuem an.

„Innig verehrte Frau Baronin!

Ich habe zwischen uns eine Mauer aufgerichtet. Ich bin Ihrer nicht wert. Sie würden mich nicht mehr sehen wollen, wenn Sie wüßten, wozu mein Zorn mich gebracht hat.

„Sie irren, wenn Sie geglaubt haben, oder wenn Sie nach dieser Erklärung glauben, meinen Gefühlen für Sie wäre Lüge beigemischt gewesen. Nein, innig verehrte Frau, ich habe Sie geliebt so echt und so tief, wie sie es nur in ihren stolzesten Frauengedanken wünschen konnten.

„Hätte ich Ihren Entschluß nicht für ernst und unabänderlich genommen, ich hätte um Sie gekämpft. Sie haben gegen mich entschieden. Sie haben den Mann in mir aufs schwerste beleidigt. Sie haben mich durch diese Beleidigung gezwungen, zu überlegen. Ich bin kein verliebter Müßiggänger, dem das, was Sie mir schenken wollen, seine Ehre ersetzen, seine Arbeit heiligen, sein Leben adeln kann. Wir sind wirklich von verschiedener Rasse.

„Leben Sie wohl, verehrte Frau, und glauben Sie einem ernsten Eide, daß Sie sich des Mannes nicht zu schämen brauchen, dem Sie so verächtlich ihre Hand entgegengestreckt haben. Leben Sie wohl, ich kann mich kaum von Ihnen trennen, nicht einmal in diesen Zeilen. Leben Sie wohl, leben Sie wohl."

Van Tenius unterschrieb seinen Brief, adressierte und sandte ihn durch einen Dienstmann ins Hotel.

Der Dienstmann kam nach einer Stunde zurück und brachte eine Antwort.

„In dieser furchtbaren Stunde weiß ich nichts. Ich muß nur sagen, was ich tun will, und was mir durch den Kopf geht. Ohne Rücksicht auf mich. Das ist das letzte.

„Ich verlasse noch heute Berlin. Ich habe den Plan in Dresden zu leben, entweder mit meinem Knaben oder doch in seiner Nähe. Ich weiß noch nicht. In Dresden werde ich zu finden sein. Denn das ist es ja, was ich in dieser furchtbaren Stunde sagen muß. Ohne Rücksicht auf mich. Mein Leben ist ja entzwei. Jawohl, entzwei. Was nicht meinem Knaben gehört, das bewahre ich ohne Abzug, ohne Rückhalt für einen andern auf. Ich werde ihn erwarten. Ich weiß ja — — ich werde warten.

„Und noch eins. Ich glaube Sie zu verstehen. Die Männer sind ja so rücksichtslos, so hart. Ich glaube Sie zu verstehen, und ich achte Ihren Willen. Und darum immer noch

Ihre Marianne.

„Denken Sie nicht schlecht von mir. Was Sie mir schrieben, daß Sie meiner nicht wert sind, das habe ich nicht gelesen, nicht verstanden. Noch eine Bitte habe ich an Sie. Bleiben Sie sich selbst getreu. Tragen Sie Ihren Schmerz, wie ich ihn trage. Wenigstens nicht gemein wollen wir werden, wenn wir schon unglücklich sind. Leben Sie wohl. Und auch ich weiß nicht, wie ich mich trennen soll von Ihnen. Und darum glaube ich nicht, daß es unser letztes Wort ist."

In der Serie „Sozialdemokratische Flugschriften“ sind neu erschienen: „Lebensmittelwucher und Warenteuerung“ (185 000): „Beamtenschaft und Sozialdemokratie“ (85 000); „Die indirekten Steuern und Zölle, wer sie zahlt und wem sie nützen“ (145 000): von der im Vorjahr erschienenen Flugschrift „Die Sozialdemokratie und das Heer“ wurden 211 000 Exemplare nachgedruckt.

„Die sozialdemokratische Gemeindepolitik“ wurde um ein Heft vermehrt: Heft 11, „Das Fortbildungsschulwesen“ von J. Bruhns (3500), während Heft 1 in erweiterter Form neu aufgelegt wurde (3500).

Protokolle wurden herausgegeben: „Protokoll des Parteitages in Magdeburg“ (30 500); „Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen“ (11 000); „Protokoll der Gemeindevertreter-Konferenz Groß-Berlins (2950).

Zur Unterstützung des preußischen Wahlrechtskampfes erschien: „Wahlrecht und Dreiklassenparlament“ (2000).

„Sozialistische Theaterstücke“ gelangten neu zur Ausgabe: Wittich, „Ulrich von Hutten“ (1000).

Der „Arbeiter-Notizkalender 1911“ erschien in einer Auflage von 25 000 Exemplaren. Das „Jugendliederbuch“ wurde in 50 000 Exemplaren gedruckt. Zum Andenken Reuters wurde eine Reuter-Nummer (25 000) herausgegeben. Die „Maizeitung“ erreichte eine Auflage von 400 000 Exemplaren.

Als Gesetzesführer erschien: „Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen“ von Dr. S. Rosenfeld (5000). Der „Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz“ von Wissell wurde nachgedruckt (5000).

Die „Kulturbilder“ wurden fortgesetzt durch: „Geschichte der Revolutionen“ von Dr. A. Conrady. Die Auflage der Hefte schwankt zwischen 8000 und 13 000. Außerdem sind noch folgende Schriften herausgegeben worden: Schillers Werke in 3 Bänden mit einem Vorwort von Fr. Mehring (10 000); „Erweckt“, Roman von A. Ger (4000); „Der Geist der Unzufriedenheit“ von Brand (1000); „Preußischer Kommiß“ von A. Winnig (10 000); „Von unten auf“ von Franz Diederich (10 000); „Gedichte“ von Clara Müller-Jahnke (1500); „66 Prologe“ von E. Preczang (3500); Lange, „Die Arbeiterfrage“ (3000); Ciccotti, „Der Untergang der Sklaverei im Altertum“ (1600); „Die Reichsfinanzreform von 1909 und die bürgerlichen Parteien“ (3000); „Die deutschen Arbeiterkonsumvereine“ von Paul Göhre (1000); „Sozialismus und Genossenschaftsbewegung“ von Gertrud David (3300); „Deutsche Geschichte“, 2. Teil, von Fr. Mehring (5000); „Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze 1878—1910“ von E. Ernst (10 000); „Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie“ von Karl Kautsky (5000); „Moabit, ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft“ (35 000): „Volksentrechtung und Polizeiwillkür“ (12 750); „Soziale Reform und Arbeiterfreundlichkeit“ (20 000); „Der gewerbliche Arbeiterschutz für Jugendliche“ von Robert Schmidt (8000); „Die bürgerliche Jugendbewegung“ von Karl Korn (5000).

In neuer Auflage wurden noch folgende Schriften herausgegeben: Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich“ (3000); Kautsky, „Der Weg zur Macht“ (5000); Bebel, „Unsere Ziele“ (3500); Liebknecht, „Wissen ist Macht“ (3500); Kautsky, „Soziale Revolution“, Teil 1 und 2 (5000); Rühle, „Die Volksschule, wie sie sein soll“ (5000); David, „Referentenführer“ (3000); Kautsky und Schoenlank, „Grundsätze und Forderungen“ (121 000); Programm und Organisationsstatut (15 000); Losinsky, „War Jesus Gott, Mensch oder Übermensch?“ (3000); Göhre, „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“ (7000); „Die Erhöhung der Zivilliste“ (85 000).

Der Abonnentenstand der Wochenschrift „In freien Stunden“ hat sich nicht wesentlich geändert. Als Neuerung wird den Abonnenten halbjährlich ein Kunstblatt gratis gegeben. Zur Ausgabe gelangte: „Ruisdael, Flußlandschaft mit Windmühle“ und „Ruisdael, Bewegte See bei aufziehendem Gewitter“. Die Auflage betrug bei beiden je zirka 36 000 Exemplare.

Die „Kommunale Praxis“ hatte für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge: 26 849,22 Mk.
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts 1709,62 Mk.,
Summa 28 558,84 Mk.

b) Ausgänge: 28 558,84 Mk.

Am 30. Juni betrug der Abonnentenstand 2907.

* * *

Parteischule.

Die Parteischule hielt im Berichtsjahre ihren fünften halbjährigen Kursus in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 31. März ab. Leider betrug die Teilnehmerzahl in diesem Kursus nur 24, da die Gewerkschaften von den für sie freigehaltenen 10 Plätzen nur 4 besetzt hatten. Es waren wieder wie in früheren Jahren die Verbände der Bergarbeiter und Maurer, die je 2 ihrer Mitglieder auf die Parteischule entsandt hatten. Unter den 24 Parteischülern waren 2 Genossinnen.

Der Lehrplan war im wesentlichen der gleiche wie in früheren Jahren. Geschichte und Nationalökonomie standen im Vordergrund. Der geschichtliche Unterricht erforderte im ganzen 294 Stunden, von denen 96 auf die deutsche Geschichte und Parteigeschichte (Lehrer: Dr. Franz Mehring), 74 auf die Geschichte des Sozialismus, 102 auf die Geschichte der gesellschaftlichen Entwickelung und 22 auf die materialistische Geschichtsauffassung (Lehrer: Heinrich Cunow) entfielen. Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie (Lehrer: Dr. Rosa Luxemburg) beanspruchten zusammen 238 Stunden. Auf das Arbeiterrecht (Lehrer: Artur Stadthagen) kamen 74, auf Naturerkenntnis (Lehrer: Emanuel Wurm) 40, auf Strafrecht und Strafvollzug (Lehrer: Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann) 22, auf das Erfurter Programm (Lehrer: Emanuel Wurm) 14 Stunden. Den formalen Unterrichtsfächern (Lehrer: Heinrich Schulz) waren insgesamt 104 Stunden eingeräumt, und zwar dem Deutschunterricht (Grammatik, Aufsatz- und Stillehre) 80, den Redeübungen 16 und der Zeitungstechnik 8 Stunden. Der bisherige Lehrer für Bürgerliches Recht, Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, war wegen Arbeitsüberhäufung von dem Lehramt zurückgetreten; das wichtigste in seinem Unterrichtsfache hatte Genosse Heinemann mitbehandelt.

Die Verwaltungsarbeiten haben sich vermehrt, da ein Teil der Arbeiten, die früher von den Parteischülern selbst erledigt wurden, zur Entlastung der Parteischüler von der Schulleitung übernommen worden sind. Die Korrespondenz verzeichnet an Eingängen 58 Karten (gegen 37 im Vorjahre), 244 Briefe (55), 19 Drucksachen (1), 41 Pakete (2), 3 Geldsendungen; an Ausgängen 97 Karten (41), 539 Briefe (235), 36 Drucksachen (37), 1 Paket (2), 14 Geldsendungen (5).

Zur Erledigung der Schulangelegenheiten haben fünf Konferenzen stattgefunden; davon fand eine gemeinsam mit dem Parteivorstande und eine gemeinsam mit den Schülern statt.

Die Schüler, das Lehrerkollegium und der Parteivorstand waren auch in diesem Jahre von dem Ergebnisse des Kursus in vollem Maße befriedigt.

* * *

Bildungsausschuß.
(Fünfter Jahresbericht 1910/11).

a) Organisatorisches.

Der vorige Jahresbericht des Bildungsausschusses sprach die Erwartung aus, daß die organisatorische Entwickelung der Bildungsarbeit sich in der Richtung einer planmäßigen Gliederung nach der Maßgabe der Gliederung der Parteiorganisation entfalten möge. Diese Erwartung ist im verflossenen Geschäftsjahre erfüllt worden. Fast in allen Orten Deutschlands, in denen es die moderne Arbeiterbewegung zu leistungsfähigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gebracht hat, wurden in den letzten Jahren örtliche Bildungsausschüsse gegründet; wo sie noch nicht bestehen, haben die berufenen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Bildungsaufgaben im Sinne des Bildungsausschusses in die Hand genommen. Als nächste Stufe der Entwicklung macht sich jetzt überall das Bedürfnis geltend, die zerstreuten örtlichen Bildungsausschüsse zu größeren und leistungsfähigeren Verbänden zusammenzufassen. Den nächsten natürlichen Zusammenschluß bildet der Reichstagswahlkreis, den nächstgrößeren der Agitationsbezirk oder Landesteil.

Seit ungefähr zwei Jahren bestand bereits eine organisatorische Zusammenfassung von Bildungsausschüssen in Gestalt einer Zentralkommission für Rheinland-Westfalen. Man hatte das Tätigkeitsgebiet aber zu groß bemessen, es erstreckte sich über drei Agitationsbezirke. Die Zentralkommission konnte deshalb die hohen Erwartungen nicht erfüllen, die man auf sie gesetzt hatte. Die Genossen der beteiligten Bezirke entschlossen sich daher, die Zentralkommission wieder aufzulösen und dafür den einzelnen Bezirken zu empfehlen, für sich Bildungsausschüsse einzusetzen, die sich wiederum auf Wahlkreisbildungsausschüsse stützen. Der Agitationsbezirk der oberen Rheinprovinz hat dieser Anregung bereits entsprochen und einen Bezirksbildungsausschuß mit dem Sitze in Köln eingesetzt.

Ein ähnlicher Ausschuß ist im Frühjahr in Magdeburg eingesetzt worden, nachdem zuvor auf einer Konferenz der Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und Anhalt unter Mitwirkung der Parteiorganisationen seine Zweckmäßigkeit geprüft und anerkannt worden war. Für Frankfurt a. M. und die benachbarten Wahlkreise ist ein Bezirksausschuß mit dem Sitze in Frankfurt am Main gegründet worden, für die Provinz Brandenburg haben die politischen Vertretungen der Wahlkreise und die in der Provinz vorhandenen Gauverbände der Gewerkschaften einen gemeinsamen Bezirksausschuß mit dem Sitze in Berlin geschaffen. Für Thüringen und für Groß-Berlin sind Bezirksbildungsausschüsse im Entstehen begriffen.

Es liegt im Interesse der gemeinsamen Bildungsarbeit, wenn auch in den anderen Landesteilen und Agitationsbezirken eine Zusammenfassung der örtlichen Bildungsausschüsse vorgenommen wird. Man vermeide aber, diese rein organisatorische Zweckmäßigkeitsfrage mit finanziellen Fragen zu belasten. Die Finanzierung der Bildungsarbeit muß Sache der örtlichen Bildungsausschüsse sein, soweit es sich um ihre örtlichen Veranstaltungen handelt. Sache des Wahlkreises ist die Finanzierung der im Interesse des ganzen Kreises getroffenen Maßnahmen. Der Bezirksbildungsausschuß ist lediglich eine Art Zweckverband, der daher mit bescheidenem Etat arbeiten kann. Ihm brauchen im wesentlichen nur Porto- und ähnliche Ausgaben zur Last zu fallen.

Man vermeide ferner, den Bezirksbildungsausschüssen bevormundende Vollmachten einzuräumen. Das Dekretieren und Schablonisieren ist bei der Bildungsarbeit vom übel; zu den Anregungen von außen her muß stets das selbsttätige Interesse der einzelnen Organisationen und des einzelnen Genossen hinzukommen, wenn die Anordnungen Erfolg haben sollen. Die Schaffung von Bezirksbildungsausschüssen muß stets in enger Fühlung und durch Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Faktoren und mit den Wahlkreis- und Bezirksorganisationen der Partei erfolgen.

Eine erfreuliche Unterstützung hat die Tätigkeit des Bildungsausschusses durch den letzten Gewerkschaftskongreß erhalten. In den Thesen, die der Kongreß einstimmig angenommen hat, wird den Gewerkschaften nachdrücklich empfohlen, sich an den örtlichen Bildungsausschüssen zu beteiligen und deren Arbeit zu unterstützen. Zwar hat der Bildungsausschuß auch schon bisher stets großen Wert darauf gelegt, daß die Gewerkschaften in den örtlichen Bildungsausschüssen mitarbeiten, es hat sich daher fast durchgehends die Praxis eingebürgert, daß die Gewerkschaften die Hälfte der Sitze der Bildungsausschüsse besetzen; aber es fehlte bisher noch die formelle Anerkennung dieser Mitarbeit durch die oberste Instanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

In einigen Städten ist es den Bildungsausschüssen auch gelungen, finanzielle Unterstützung aus kommunalen Mitteln zu erhalten. In Frankfurt am Main erhält der Bildungsausschuß jährlich 1000 Mk., in Apolda (Sachsen-Weimar) 100 Mk., in Delmenhorst (Oldenburg) 300 Mk.

Der Geschäftsverkehr des Bildungsausschusses nimmt von Jahr zu Jahr in erheblichem Maße zu. Bei der Geschäftsstelle sind 218 lokale Bildungsausschüsse (gegenüber 187 im Vorjahre gemeldet. Doch beschränkt sich der Verkehr der Geschäftsstelle nicht auf die Bildungsausschüsse, sondern sie steht mit zahlreichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen regelmäßig oder aus bestimmten Anlässen in Verkehr. An Postsendungen sind eingegangen: 1281 Briefe (gegen 1264 im Vorjahre), 839 Karten (553), 622 Drucksachen (519), 189 Pakete (148), 120 Geldsendungen (0), acht Telegramme (5). In der gleichen Zeit gingen aus: 2009 Briefe (1012), 472 Karten (402), 2056 Drucksachen (4177), 152 Pakete (142), 101 Geldsendungen (7), 6 Telegramme (9).

b) Die statistische Erhebung 1910/1911.

Dem Parteitagsbeschlusse gemäß hat der Bildungsausschuß auch in diesem Jahre wieder eine statistische Erhebung über die Tätigkeit der örtlichen Bildungsausschüsse veranstaltet.

Insgesamt wurden 427 Fragebogen (gegen 362 im Vorjahre) an 403 (341) Orte verschickt. In einigen Orten, in denen noch keine Bildungsausschüsse bestehen, sind die Fragebogen an geeignete Organisationen geschickt worden, so in Berlin an die Arbeiterbildungsschule, an die Freie Volksbühne und ähnliche Vereine. Zurückgekommen sind 283 (249) Fragebogen aus 269 (240) Orten.

Es bestehen Bildungsausschüsse in 218 (187) Orten; hiervon sind von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam 191 (172) eingesetzt. 75 Bildungsausschüsse waren zugleich Jugendausschüsse. Für

---

Neunzehntehntes Kapitel.

Marianne hatte sich bei Dresden niedergelassen und hatte ihren Sohn dort wieder in seiner Schule untergebracht.

Sie suchte in dem stillen Vorort der ruhigen Stadt keinen Verkehr und löste allmählich auch die Beziehungen zu den wenigen Berliner Bekannten. Nur mit der Tante wechselte sie regelmäßig Briefe. Sie teilte dem teilnehmenden Fräulein alles Wichtige und Unwichtige aus ihrem Leben mit und las die ausführlichen, zwölf bis sechzehn Seiten langen Antworten stets mit aufmerksamer Erwartung durch. Aber die Stiftstante hielt sich immer nur an den Gegenstand, den Mariannes Brief ihr gegeben hatte, und gedachte des Rechtsanwalts mit keinem Wort und auch mit keiner Anspielung. Es war nicht unmöglich, daß die alte Dame den Freund der Ossendorffs wirklich vergessen hatte; es war aber auch möglich, daß sie einen Groll gegen ihn bewahrte. Jedenfalls hütete sich Marianne, nach ihm zu fragen.

Einmal schrieb Vetter Richard einen drolligen und unklaren Brief. Leutnantlich und galant, ein wenig junkerlich, und doch im Grunde treu und herzlich. Durch die Abreise der in parlamentarischen Ausdrücken nicht genug zu preisenden Kusine sei er, der Vetter Richard, ein wenig verrückt geworden, und mit ihm die berühmte mathematische Geographie, die ihn beim Examen schon so bedrückt habe. Die gemäßigte Zone sei südlicher geschoben worden. In Berlin friere es. An der Rousseauinsel werde man das ganze Jahr Schlittschuh laufen können. Auch seien schon Eisbären und Eidergänse dort gesehen worden.

Die schöne Kusine solle nicht vergessen, daß sie durch den Zufall der Weltgeschichte den Namen Ossendorff trage. Das sei schließlich ein Ereignis von einiger Bedeutung. Wer immer das ideale Glück gehabt hätte, denselben Namen in dieses Kommißjammertal mitzukriegen, der werde eifersüchtig über der stolzesten Beute des Geschlechts wachen, und die Stiftstante sei eigentlich, wenn man sich Mühe gebe und von ihren Schrullen absehen lerne, doch keine völlig und heillos verdrehte Schraube. Übrigens und erstens und letztens heiße einer der vielen Ossendorffs Richard, und der werfe sich der schönen Kusine unter allen Umständen zu Füßen und sei im äußersten Notfall bereit, als Ritter Anna Marias jede gewünschte Tat oder Dummheit zu begehen. Im Ernst und im Scherz. Dann kamen noch Notizen über Kameraden, über Avancementsverhältnisse und Anspielungen auf eine hübsche Berlinerin, derentwegen die bevorstehende Wintersaison erträglich werden könnte, und die wenigstens blonde Haare habe.

Marianne antwortete freundlich und munterte den lustigen Verehrer zu vernünftigen Briefen auf. Vetter Richard schrieb aber kein zweitesmal.

Marianne verkehrte einzig und allein mit Frau Krieger, die ihr ihre Erfahrungen mit Wölfi und mit andern Knaben seines Alters anvertrauen mußte, und von der sie sich zuerst pädagogische Werke und dann andere gedankenreiche Bücher ausbat. Ihr Mann und van Tenius hatten sie mehr als Marianne selbst geahnt hatte an geistige Bedürfnisse gewöhnt, und sie empfand den Verlust täglich, wenn sie die Zeitung las und niemanden hatte, den sie nach Unverstandenem fragen konnte.

Sie las die beiden Berliner Zeitungen weiter, die sie in Charlottenburg gehalten hatten. Das gemäßigt konservative Blatt, in dem die Familie Ossendorff ihre Familienanzeigen einzurücken pflegte, und das kleine demokratische Blatt, zu dem van Tenius wohl einige Beziehungen unterhielt. Ossendorff hatte dieses Blatt dem Rechtsanwalt zuliebe abonniert, und weil es die zuverlässigsten Angaben zu dem Gegenstande ihrer gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit brachte. Darin hatte Marianne auch von Zeit zu Zeit den Namen van Tenius gefunden, viel häufiger, als in der anderen Zeitung. Gerade die Prozesse, die der Rechtsanwalt als Verteidiger von Arbeitern führte, wurden dort gewissenhaft registriert und über seine öffentlichen Vorträge wurde eingehend berichtet. Dieses Blatt nun studierte sie aufmerksam. Sie suchte täglich nach seinem Namen. Das Blatt kam regelmäßig in der Mittagsstunde an, und Wölfi, der zur selben Zeit aus der Schule zurückkehrte, hatte sich oft darüber zu ärgern, daß Mama in die dumme Zeitung schaute, anstatt sich seine wichtigen Vormittagserlebnisse erzählen zu lassen.

„Steht denn wenigstens was von Papa drin?“ fragte er einmal.

Wirklich stand kurz nach der Übersiedelung etwas von seinem Papa drin. Der so fürchterlich verunglückte Major von Ossendorff habe kurz vor seinem tragischen Ende eine bedeutende Summe für die Erforschung und Heilung gewisser sozialer Schäden auf dem Gebiete der Berufskrankheiten bestimmt, und der bekannte Rechtsanwalt van Tenius sei nun an der Arbeit, die Zinsen des ansehnlichen Vermögens im Sinne des großmütigen Aristokraten, das heißt diesmal im demokratischen Sinne, dauernd zu verwenden.

Marianne las die Notiz und gedachte mit inniger Rührung jener Stunde. Wie herzlich Wolfgang wieder gelacht hätte über den Stil dieser Zeitungsnotiz. Und ob er wohl mit ihr zufrieden wäre?

Anfang November brachte das Blatt, aber auch die konservative Zeitung, zweimal den Namen van Tenius. In dem Mordprozeß von Westend, in dem bekanntlich der Rechtsanwalt van Tenius die aussichtslose Verteidigung des polnischen Angeklagten führe, sei es endlich zum Abschluß der Voruntersuchung gekommen. Die unausgesetzten Bemühungen der Kriminalpolizei seien vom Erfolge gekrönt worden, man habe endlich die Geliebte und Mitschuldige des Polen hinter Schloß und Riegel.

Wenige Tage später hieß es in beiden Blättern gleichlautend:

„Wir müssen unsere Nachricht über den Mordprozeß von Westend dahin ergänzen, daß es gelungen ist, diejenige Zeugin zu eruieren, welche den Angeklagten oder vielmehr Verdächtigen entlasten sollte, welche aber der Polizei zu nennen er sich hartnäckig weigerte. Das verwahrloste Mädchen, eine Fabrikarbeiterin aus Charlottenburg, ist nun dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden, und hat so unwesentliche Angaben gemacht, daß die Voruntersuchung abgeschlossen werden konnte. Es war eine durchaus unhaltbare Annahme, daß diese Zeugin verhaftet worden sei. Die öffentliche Verhandlung wird eine der Sensationen der nächsten Schwurgerichtsperiode bilden und zwar wird der Mörder von Westend kurz nach den Weihnachtsferien die Anklagebank betreten. Das beleidigte Rechtsgefühl unserer Residenzstadt usw.“

Marianne legte das Blatt träumerisch fort. Bis dahin gab der Geliebte kein Lebenszeichen von sich. Das schien ihr gewiß. Aber dann im Januar, wenn diese Last ihm genommen war, dann mußte es anders werden. Er hatte diesem Prozeß ein so lebhaftes Interesse entgegengebracht. Marianne wollte die Verhandlung aufmerksam verfolgen.

Wölfi stürmte mit seiner Büchermappe herein und hatte über eine Schlacht mit einer andern Klasse zu berichten.

„Mama, du hörst nicht zu! Was hast du schon wieder mit deiner dummen Zeitung?“

„Da steht etwas vom Onkel Rechtsanwalt. Den hast du doch auch lieb?“

„Wen? den? Na ja. Mama, steht denn in der Zeitung auch etwas über Rechtsanwalts? Was steht da? Ist er gestorben?“

„Nein, Wölfi, du kannst ja lesen.“ Wölfi buchstabierte die letzten Zeilen der Notiz, in denen van Tenius „einer unserer schneidigsten Juristen“ genannt wurde, und sagte dann:

„Ich sage dir, Mama, Papa war tausendmal schneidiger. Wir haben einen in der vierten Klasse, dessen Papa ist Rechtsanwalt, und der geht krumm und hat kein Haar auf dem Kopf, sein Papa, verstehst du.“ (Fortsetzung folgt.)

72 Bildungsausschüsse bestand eine organisatorische Verbindung auf der Grundlage der Wahlkreise oder Bezirke.

Es haben 177 (138) Orte über ihre Einnahmen genaue Mitteilung gemacht, die Summen ihrer Gesamteinnahmen beträgt 573 868,68 (475 515) Mk.; über ihre Ausgaben teilen 183 (150) Bildungsausschüsse genaue Zahlen mit, die Gesamtsumme der Ausgaben beträgt 517 072,42 (508 566,92) Mk.

Daß die Einnahmen die Ausgaben übertreffen, wie die vorstehenden Zahlen zeigen, ist eine Erscheinung, die neuerdings in der Regel auch bei den einzelnen Bildungsausschüssen festzustellen ist. Es ergibt sich daraus, daß die Arbeiter jetzt noch bereitwilliger als früher für die Bildungsveranstaltungen ihre Groschen ausgeben; ferner darf man aus der Tatsache schließen, daß die Veranstaltungen jetzt stärker besucht werden als in früheren Jahren. In der Gesamtsumme der Einnahmen befindet sich auch der Gesamtbetrag der Zuschüsse, die die örtlichen Bildungsausschüsse von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erhalten haben. Es haben 98 (69) Orte über ihre Zuschüsse Angaben gemacht; die Gesamtsumme beträgt 87 232 (64 393,85) Mark. 46 (83) Orte erhielten Unterstützung nach dem jeweiligen Bedarf.

In 177 (151) Orten wurden 345 (285) Vortragskurse mit 2879 Vorträgen und 45 873 (36 644) Teilnehmern abgehalten. Die Verteilung der Kurse auf die einzelnen Wissensgebiete und die Zahl der Teilnehmer ergibt die folgende Tabelle. Da nicht alle Orte Angaben über die Zahl der Teilnehmer gemacht haben, bleiben die Zahlen hinter der Wirklichkeit zurück.

Wissensgebiet.	Zahl der Kurse	Zahl der Vorträge	Zahl der Teilnehmer
Nationalökonomie	37 (67)	345	3520 (9669)
Wirtschaftsgeschichte	11 (16)	81	838 (2299)
Geschichte (allgemeine)	37 (40)	307	3529 (3310)
Parteigeschichte	11 (6)	78	2476 (530)
Literatur und Kunstgeschichte	6 (3)	142	327 (590)
Sozialismus	19 (11)	118	2747 (1268)
Erfurter Programm	77 (28)	543	9800 (2922)
Politik, Verfassung	11 (3)	46	1526 (239)
Bürgerliche Parteien	27 (1)	109	4638 (178)
Gewerkschaftsbewegung	9 (7)	63	803 (358)
Genossenschaftsbewegung	3 (—)	11	195 (—)
Sozialpolitik	15 (17)	150	652 (1557)
Rechts- und Gesetzeskunde	7 (8)	54	782 (1061)
Naturwissenschaft	43 (47)	250	12854 (11101)
Erziehung	1 (—)	4	20 (—)
Rede und Stillehre	6 (5)	78	864 (416)
Elementarfächer*)	25 (23)	500	293 (833)
	345	2879	45873

Aus 141 (132) Orten wird über 870 (562) wissenschaftliche Einzelvorträge berichtet; aus 5 Orten wird mitgeteilt, daß im ganzen 12 Führungen durch Museen stattgefunden haben.

Trotz des allgemeinen Fortschrittes der Bildungsbewegung ergibt die Erhebung einen kleinen Rückgang der künstlerischen Veranstaltungen. Es ist dies zweifellos eine Folge der Mahnung des Bildungsausschusses in seinem vorigen Winterprogramm, wonach Veranstaltungen künstlerischer Art in dem bevorstehenden Winter mit Rücksicht auf die kommende Reichstagswahl zugunsten belehrender Veranstaltungen zurücktreten müßten. Es berichten 178 (174) Orte über 520 (532) künstlerische Veranstaltungen. Hiervon waren:

a) Dichterabende: Busch, Freiligrath, Goethe, Hans Sachs, Henckell, Heine, Liliencron, Reuter (14mal), Scume, Tolstoi, moderne Dichter, russische Dichter; insgesamt 54 (97) Abende.

b) Musikalische Veranstaltungen: Beethoven-, Schumann-, Wagner-, Wolf-Abende; Vokal- und Instrumentalkonzerte, Violin- und Liederabende; insgesamt 151 (135) Veranstaltungen.

c) Rezitations- und Kunstabende ohne bestimmtes Programm (Rezitationen, Lieder zur Laute, Balladen, Bunte Abende, Münchener Scharfrichter, humoristische und politisch-satirische Abende); insgesamt 211 (180) Abende.

d) Feiern in künstlerischem Rahmen: März- und Maifeiern, Jugend-, Frühlings-, Sommer-, Herbst- und Winterfeste, Weihnachtsfeiern; insgesamt 27 (42) Veranstaltungen.

e) Lieder- und Märchen-Abende für Kinder 11 (12).

f) Lichtbildervorträge 64 (59).

g) Verschiedenes 2 (7).

Über Volksvorstellungen und Theaterabende berichten 126 (118) Orte und zwar verzeichnen sie insgesamt 720 (727) Vorstellungen. Die Erhebung hat versucht, über die Preise für die Vorstellungen nähere Angaben zu erhalten. Die erhaltenen Zahlen lassen sich statistisch aber noch nicht zusammenfassen. Der niedrigste Preis, der bei einer Vorstellung bezahlt wurde, betrug 50 Pf. bei 180 Plätzen, der höchste 1100 Mk. bei 1600 Plätzen. Der Einheitspreis für die Besucher schwankt zwischen 10 Pfg. im Minimum und 1,30 Mk. im Maximum. Die vom Bildungsausschuß herausgegebenen Einführungen wurden in 30 Orten benutzt.

In 82 (106) Orten wurden Jugendschriften- und Wandschmuckausstellungen veranstaltet.

In 217 (200) Orten befinden sich Zentralbibliotheken; außerdem berichten noch 55 (58) Orte über 379 (377) Einzelbibliotheken.

(Fortsetzung folgt.)

*) Deutsch, Rechnen, Stenographie, Buchführung.

Gewerkschaftsbewegung.

Die im Deutschen Transportarbeiterverbande, Mitgliedschaft Binnenschiffer und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse organisierten Schiffer und Matrosen der Firmen: „Frankfurter Aktiengesellschaft für Rhein- und Mainschiffahrt, Frankfurt" und „Friedrich Asteroth, Ehrenbreitstein" haben ihren Arbeitgebern Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gestellt. Erstgenannte Firma hat ihren Schiffern daraufhin die Kündigung zugehen lassen. Kommt es zu keiner Einigung, so dürfte es zur Arbeitseinstellung bei beiden Firmen kommen. Zuzug von Schiffern oder Matrosen zum Rhein ist deshalb fernzuhalten.

Schwere Strafen verhängte das Schöffengericht in Essen gegen zwei Bauarbeiter, die wegen Bedrohung und Aufreizung angeklagt waren. Der Maurer Neuhaus erhielt fünf Monate, der Bauhilfsarbeiter Tippe zwei Monate Gefängnis. Die beiden sollen sich bei den Differenzen, die im Sommer vorigen Jahres in Essen zwischen den freien und den christlichen Maurern ausgebrochen waren, besonders hervorgetan haben. Daher sind die Vorgänge selbst nach der Darstellung der Zentrumspresse, die in diesem Falle doch wirklich nicht schön färben wird, ziemlich harmloser Natur. So soll der Maurer Neuhaus den christlichen Bauarbeitern zugerufen haben: „Ihr kommt doch noch von der Baustelle, und wenn ich ein Jahr ins Kittchen komme". Im übrigen sprechen die Berichte nur in allgemeinen Ausdrücken von dem schlimmen „Terrorismus", den die freien Bauarbeiter verübt hätten. Sie hätten sogar versucht, die Bauleitung dadurch zur Entlassung der christlich Organisierten zu zwingen, daß sie die Arbeit niederlegten. (!) Es handelt sich also um Konflikte gewerkschaftlicher Natur, wie sie sehr häufig zwischen Arbeitern vorkommen. Die Christen können wirklich stolz darauf sein, hier die Staatshilfe mobil gemacht zu haben. Die freien Gewerkschaftler verzichten auf derartiges.

Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals. Im Berliner Gewerkschaftshause tagte am 21. und 22. August d. J. eine zweite Konferenz dieser Art, vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufen. Die erste Konferenz fand in Mainz statt und nahm ebenso wie diese Stellung zur Hebung der recht mißlichen Lage dieses Personals. 59 Delegierte aus allen Gauen des Reiches sowohl wie eine größere Anzahl Stadtverordneter und Gemeindevertreter aus Groß-Berlin waren erschienen. Vorerst wurden drei Vorträge mehr wissenschaftlicher Natur über moderne Kranken- und Irrenpflege sowie über modernes Badewesen und Radiumbehandlung durch namhafte Mediziner gehalten. Ferner wurde die recht unsichere rechtliche Stellung des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals behandelt. Eine Resolution verlangt, daß das sämtliche Personal unter die Reichsgewerbeordnung gestellt werde, sowie daß alle sonstigen Ausnahmebestimmungen in rechtlicher Beziehung für sie aufgehoben werden. Ferner wurden nach einem Vortrag obligatorische Prüfungsvorschriften von Reichs wegen verlangt. Fachschulen privater Natur, die meist das Personal ausnützen, ohne diesem etwas zu lernen, sollen bekämpft werden. Ebenso wandte man sich gegen die gewerbsmäßige Stellenvermittlung und forderte paritätisch geleitete Facharbeitsnachweise. Solange diese nicht errichtet, soll nach Kräften für den von der Organisation errichteten Zentralstellennachweis Propaganda gemacht werden. Gegen das Unwesen der privaten Stellenvermittler als Ausbeuter der größten Notlage des Personals wird die rücksichtslose Anwendung der Bestimmungen des neuen Stellenvermittlergesetzes empfohlen. Die wirtschaftliche Lage des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals wurde von den verschiedensten Seiten beleuchtet und in einem Programm zusammengefaßt. Das Programm sieht neben den anderen schon erwähnten die folgenden Forderungen vor: Zahlung angemessener Löhne unter Festsetzung von Minimalsätzen und regelmäßigen Dienstalterszulagen. Beseitigung des Trinkgelderunwesens. Festsetzung einer Maximal-Dienstzeit von täglich 8 Stunden einschließlich der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen. Trennung des Nachtdienstes vom Tagesdienst durch Einführung von Doppelschichten. Gewährung einer wöchentlichen Ruhepause von mindestens 36 Stunden. Anerkennung der persönlichen Freiheit während der dienstfreien Zeit. Beseitigung des heutigen Kost- und Logiszwanges, Gleichstellung des männlichen und weiblichen Personals. Verbot weiblicher Pflege auf Stationen geschlechtskranker Männer in öffentlichen Anstalten. Gewährung eines alljährlichen Sommerurlaubes unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für Kost- und Logis. Gewährung von Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung. Unter Bezugnahme auf die Organisation des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals wurde, da hier eine außerordentliche Zersplitterung durch sogenannte Standesvereine, Berufsorganisationen, Schwesternvereine und Orden, christliche Verbände usw. herrscht, besonders betont, daß die Gewährleistung und praktische Durchführung des uneingeschränkten Koalitionsrechts für das Personal eine Notwendigkeit sei, daß die einmal vorhandenen Rechte in weitestem Maße ausgenützt werden, die Organisation weiter ausgebaut und möglichst einheitliche Bewegung erstrebt werden soll, um in Verbindung und mit Unterstützung der modernen Arbeiterbewegung die gesteckten Ziele zu erreichen.

Soziales.

Vorsicht! Krankenkassen! Der Vorsitzende des Hauptverbandes der Ortskrankenkassen, Fräßdorf, teilt folgendes mit: „Seit dem 1. Juli d. J. erscheint in Berlin im Verlage von A. Timm unter Redaktion von Rich. Brock-Lichtenberg ein Blättchen, betitelt: Soziale Rundschau. Organ für die Interessen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. In der Abonnementseinladung teilen Redaktion und Verlag mit, daß sie sich zur Aufgabe gestellt haben, die sozialen Forderungen „auf bürgerlicher Grundlage" zu vertreten (wie das gemeint ist, werden wir gleich sehen); sie laden auch alle bürgerlich gesinnten Vorstandsmitglieder und Beamte zum Abonnement ein. Die Tendenz des Blättchens — das ist bald erkannt — ist dieselbe wie die des bekannten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Freiweg wird z. B. in Nr. 2 — ohne jeden Beweis — behauptet, daß eine ganze Anzahl nichtsozialdemokratischer Angestellten zum 31. Mai d. J. von den Kassenleitungen ihre Kündigung erhalten hat. — Des weiteren beschäftigt sich der Herr Redakteur in derselben Nummer mit meiner Person in bezug auf die Entlassung des Beamten Hippe, dabei höhnisch die „Genossen" anrempelnd. Daß die Sache völlig falsch und tendenziös dargestellt wird, ist nach dem Vorhergesagten selbstverständlich. Sachlich darauf einzugehen, muß ich mir daher versagen. Die Stellung der Kassenvorstände und Beamten zu solchem Machwerk wird sich bald zeigen. Das Blättchen wird in den Kassenkreisen sicher diejenige Beachtung finden, die es verdient." Dazu schreibt das Verbandsorgan des Bureauarbeiterverbandes: „Herr Brock ist eine hervorragend geeignete Persönlichkeit zur Wahrung der Interessen der Krankenversicherung. Er war einige Jahre Vorstandsmitglied der kaufmännischen Kasse in Hamburg. Eines Tages wurde seine Ehefrau Mitglied dieser Kasse auf eine Art, die die Zitierung der Familie vor den Strafrichter zur Folge hatte. Herr B. pocht nun darauf, daß er nicht verurteilt wurde, weil ihm eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen wurde. Da es aber Dinge gibt, die einem Ehrenmann nicht anhaften dürfen, auch wenn sie strafrechtlich nicht zu fassen sind, so schied Herr B. schließlich von seinem Posten. Seine Bemühungen, sich durch Ausbeutung seines Falles in der „Staatsbürger-Zeitung" zu rehabilitieren, mißlangen — weil sie nicht beachtet wurden. Auch durch die räumliche Trennung seiner literarischen Tätigkeit von der „Staatsbürger-Zeitung", wie sie in jenem Organ zutage tritt, wird daran, fürchten wir, nichts geändert werden."

Aus dem Gerichtssaal.

Du verfluchter Hund vertrittst Menschenrechte? Am Mittwoch fanden vor Berliner Gerichten zwei Prozesse statt, in denen Polizeibrutalitäten schlimmster Art zur Sprache kamen. Wegen Körperverletzung und Beleidigung hatte sich vor dem Landgericht I der Schutzmann Lange zu verantworten. Am 22. September vorigen Jahres kam es in der Lortzingstraße zwischen einem Schmied namens Hoffmann und dem Artisten James Williams zu einem lauten Streit. Ein Schutzmann schritt ein. Als der Beamte die beiden Streitenden zur Wache brachte, erklärte der Techniker Barow, daß er mit zur Wache gehen müsse, um dem Williams, der Neger ist und die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrscht, Beistand zu leisten. Auf der Wache gab das Verhalten des Barow Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen diesem und einem amtierenden Schutzmann. Letzterer ordnete schließlich an, daß der Zeuge Barow zu entfernen sei. Lange führte diese Anordnung aus. Auf dem Hausflur ließ B. keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er diese Behandlung seiner Person für höchst ungerechtfertigt erachte, was er, wie er hinzufügte, um so mehr betonen müsse, da er „Menschenrechte vertrete". Diese Apostrophierung scheint dem Schutzmann sehr gegen den Strich gegangen zu sein. Wie das Gericht trotz des Widerspruchs des Angeklagten für erwiesen erachtete, faßte der Beamte nunmehr den Barow mit der linken Hand bei der Brust und versetzte ihm mit den Worten: „Was, Du verfluchter Hund, Du vertrittst Menschenrechte?" mehrere Ohrfeigen und brachte ihn unsanft die Treppe hinunter. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der in dieser nicht zu rechtfertigenden Weise seine Ruhe und Besonnenheit verloren hatte — fünf Tage Gefängnis. Das Gericht, das dem Angeklagten mildernde Umstände zubilligte, erkannte auf 100 Mark Geldstrafe, eventuell 10 Tage Gefängnis. — In dem zweiten Falle, der vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, waren nicht die Schutzleute angeklagt, sondern ein von Schutzleuten in frivolster Weise schwer beleidigtes Ehepaar sowie Zeugen des Vorfalles. Die Anklage warf dem Ehepaar Hertel vor, ruhestörenden Lärm verübt und die Straßenpolizeiordnung übertreten zu haben. Hertel hat vor fünf Jahren auf einem Bau einen Unfall erlitten, indem eine Last von mehreren Zentnern auf ihn stürzte und eine schwere Kopfverletzung verursachte. Infolge einer Verletzung gewisser Gehirnteile entstand bei ihm ein krampfartiges Zucken sämtlicher Muskeln des Körpers und eine Sprachstörung. Da H. infolge seines Leidens überall auffällt, wird er von seiner Frau auf ärztlichen Rat hin nur des Nachts spazieren geführt. In der Nacht zum 15. Juni d. J. kam H. in Begleitung seiner Frau die Koppenstraße entlang. Nach der Bekundung des Kaufmanns Bruno K. spielte sich nun auf der Straße folgende Szene ab: Zwei des Weges kommende Schutzleute blieben, als sie das Hertelsche Ehepaar kommen sahen, stehen. Einer der Beamten rief seinem Kollegen zu: „Sieh mal, da kommt ja der versoffene Opapa." Hertel äußerte hierauf: „Was wollen Sie denn von mir, ich habe Ihnen doch nichts getan." Der Schutzmann mit dem Spitzbart schrie hierauf: „Der Kerl wird noch frech." Beide Beamte packten hierauf das Ehepaar und brachten es nach der Polizeiwache. Als ein anderer Mann, der den Vorfall ebenfalls beobachtet hatte, der Frau einen Zettel mit seinem Namen übergeben wollte, rief der eine Schutzmann: „Der Kerl will sich wohl als Zeuge anbieten, den nehmen wir auch mit!" Der betreffende Mann wurde, wie K. bekundet, auch tatsächlich festgenommen. K. folgte dem Sistierten bis zur Polizeiwache, um zu warten, bis die Angeklagten wieder herauskämen. Plötzlich trat jener Schutzmann auf ihn zu und sagte zu einem andern: „Das As war auch dabei!" und nahm ihn ebenfalls fest. Auf der Wache selbst wurde K. mit dem blanken Säbel bedroht und erhielt auch einen Schlag über den Rücken. Hertel wurde gefesselt und nach Angabe des K. in der Zelle mißhandelt. Die Frau Hertel wurde von einem Schutzmann mit den Worten: „Dir As schiebe ich den Säbel bis zum Heft in den Rachen rein" mit dem Säbel bedroht. Dieser Vorgang hatte zur Folge, daß nicht nur gegen die Hertelschen Eheleute, sondern auch gegen K. und mehrere andere Personen Strafmandate wegen ruhestörenden Lärms und Teilnahme an einem Auflauf erlassen wurden. Von dem jetzigen Zeugen K. wurde seinerzeit Widerspruch erhoben. Das Schöffengericht erkannte vor kurzem gegen ihn nicht nur auf Freisprechung, sondern legte die Kosten der Verteidigung und die dem Angeschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf, da K. widerrechtlich von den Schutzleuten festgenommen worden sei. In der Verhandlung am Mittwoch gab Frau H. an, daß sie ohne jede Veranlassung von den Schutzleuten „frechES Frauenzimmer" und „Hure" tituliert worden sei. Diese Angabe wurde von einem Zeugen eidlich bestätigt, während die beiden Schutzleute unter Eid bestritten, geschimpft oder geschlagen zu haben. Das Gericht hielt bei den widersprechenden Zeugenaussagen die Freisprechung der beiden Angeklagten für geboten. — Ob nun gegen die beteiligten Schutzleute Anklage wegen groben Amtsmißbrauchs, wissentlich falscher Anzeige und Meineids erhoben werden wird, ist nach den Erscheinungen, die man bisher in dieser Hinsicht machen konnte, mehr als fraglich. Und wenn es geschehe, dann würden die Beamten, wie der erste der von uns dargestellten Fälle beweist, sicher mit einer lächerlich geringen Strafe davonkommen. Das Verhalten der Gerichte in beiden Verhandlungen ist nicht im entferntesten dazu angetan, die Schutzleute von Brutalitäten abzuschrecken. Die Polizisten werden nach wie vor schlagen und schießen.

Aus Nah und Fern.

Eifersuchtsdrama. Aus Berlin wird berichtet: In einem Hause am Holsteiner Ufer erschoß sich am Freitag die 24jährige Anna Hellwig, die einem Ingenieur die Wirtschaft führte, nachdem sie am Donnerstag einen Schuß auf den Ingenieur abgegeben hatte; sie sollte Freitag das Haus verlassen. Der Grund der Tat ist vermutlich Eifersucht.

Im Ostseebade ertrunken. Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Kolberg: Im Ostseebad Deep sind Freitag morgen die Witwe des Oberpfarrers Herold-Friedenau, ihre 20jährige Tochter und ihr erwachsener Sohn beim Baden ertrunken. Frau Herold ist anscheinend in einen Strudel geraten. Auf ihre Hilferufe eilte ihr Sohn vom Herrenbad hinzu, er ging aber ebenfalls unter. Die Tochter, die halb angekleidet war, stürzte sich gleichfalls zur Hilfe ins Wasser und ist wahrscheinlich einem Herzschlage erlegen. Ein 12jähriger Sohn war im Hotel zurückgeblieben.

Gefaßt. Der 30 Jahre alte, in Leipzig geborene Bankbeamte Goldbeck, der in einem Berliner Bankhause beschäftigt war und seit dem Oktober 1910 nach Unterschlagungen in Höhe von 42 000 Mark geflüchtet war, ist in Leipzig festgenommen worden. Von dem Gelde wurde nichts mehr vorgefunden.

Schwere Unwetterkatastrophe. Eine Familie von umstürzenden Eichen erschlagen. Mittwoch abend ging über München und über einem großen Teil des bayerischen Waldes ein Wolkenbruch nieder, der mit einem Hagelschlag verbunden war. Das Unwetter hat in den verschiedenen Münchener Vororten kolossalen Schaden angerichtet und viele Gärtnereien arg verwüstet. Während in München mehrere Personen mehr oder weniger verletzt wurden, hat das Unwetter auf der Insel Herrenwörth im Chiemsee drei Menschenleben gefordert.

Raubmord. In Godesberg a. Rh. wurde in der Nacht zum Freitag die Besitzerin des „Kölner Hofes", die 55jährige Witwe Sauer im Bett erdrosselt aufgefunden. Es liegt

Raubmord vor. Als Täter wurde der in Görkendorf (Kreis Rössel) geborene Schlosser Biermann Freitag morgen auf der Landstraße zwischen Rolandseck und Godesberg verhaftet.

Autounfug. In Moers bei Duisburg überfuhr der sein Automobil selbst lenkende Baron Ittersum aus Haarlem eine radfahrende Dame. Die Radlerin wurde mehrere Meter mitgeschleift, wodurch ihr das Gesicht vollständig zerfleischt wurde. Die Schuld an dem Unfall trägt der Baron, der kein Warnungssignal abgegeben hatte.

Schweres Unglück. Die Posener „Neuesten Nachrichten" dementieren die Blättermeldung, wonach in der Kirche zu Biniewo (Kreis Wongrowitz) durch einen Choreinsturz 23 Personen erdrückt und viele andere verletzt wurden.

Mord und Selbstmord. Nach einer Meldung aus Leipzig hat Donnerstag nachmittag aus Rache über seine Entlassung der Fuhrmann Grünberger in Merchau die 29jährige Tochter seines Dienstherrn, des Dampfsägewerksbesitzers Schuster erschossen und sich selbst durch einen Schuß getötet.

Ein Lehrer als Mörder seiner Schülerin. In Bachmut (Rußland) erstach Lehrer Ball seine 16 Jahre alte Schülerin Gerstein aus Eifersucht im Sommertheater, während einer Aufführung. In dem Theater brach eine Panik aus. Mehrere Damen wurden ohnmächtig. Der Mörder wurde verhaftet.

Eisenbahnunglück in Amerika. Auf der Lehigh Valley-Bahn bei Manchester stürzte ein Zug von einer Brücke herab. Der Zug entgleiste bei einer Brücke, die über einen 18 Fuß tiefen, trockenen Graben führte. Vier Waggons stürzten in den Graben. Bisher wurden **23 Leichen geborgen** und 20 Schwerverwundete, meist Frauen, festgestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Ida Wodtke
Carl Kahle
Verlobte.
Lübeck, August 1911.

Allen denen, die unserer lieben kleinen **Hertha** die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere den Mitarbeiterinnen der Firma Villeroy u. Boch, sowie dem Herrn Pastor Schütte unsern innigsten Dank.

Eduard Gosch und Frau
Seeretz. **nebst Angehörigen.**

Logis zu vermieten.
Fischergrube 81, part.

Zu sofort oder später **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 38, pt., r.

Zu sofort oder 1. Oktober eine **Zwei-Stuben-Wohnung** zu vermieten. Näh. Mühlenstraße 64.

Zu verm. **eine kleine Wohnung,** passend für einzelne Leute oder Frau. Preis 76 Mk. Sedanstraße 2a.

Zu vermieten mehrere abgeschloss.
2-Stuben-Wohnungen.
Näheres Charlottstr. 18. pt., vorne.

Zum 1. Okt. eine kleine **Wohnung** mit Waschküche und großen Keller zu vermieten. Elswigstraße 9.

Gesucht zum 1. Oktober **eine Zwei-Zimmer-Wohnung** vor dem Holstentor. Ang. mit Preisang. u. **W L** an die Exped. d. Bl.

Zu sofort ein
Mädchen oder Tagesmädchen.
Frau **Wendt,** Israelsd. Allee 40.

Meyers Konversations-Lexikon (2 Bände, ältere Ausgabe) wie neu, für 4 Mark zu verkaufen.
Blanckstr. 28. I.

2 engl. **Bettstellen** mit Sprungf., **1 Divan** zu verk., für Reellität w. 10 Jahre garant. Lg. Lohberg 26. I.

30 Kapelinge **Brennholz** zu verkaufen, am Sonntag, d. 28. August, morg. von 7—8 Uhr. Elswigstr. 9.

Kinderwagen mit Nickel, dunkelgrüner Kasten, billig zu verkaufen.
Segebergerstr. 22. II.

Ein fast neues rotbraun. Sofa
zu verkaufen. Preis 20 Mk.
Wakenitzmauer 5. II. links.

Fast neuer **Gehrock mit Weste** für schlanke Figur für 12 Mk. zu verkaufen.
Schwartauer Allee 223. pt.

Zu verk. einige Ztr. **Bleiweiß,** beste Sorte, bei 10 Pfd. a 30 Pfg., Ztr. 24 Mk., 1 Kanne Luft-Emaille-Eichenholzlack billig. Meierstr. 43.

4 sehr gute **Fahrräder** von 25 bis 45 Mk., neue **Fahrräder** zu herabgesetzten Preisen.
Wakenitzmauer 5.

Durch Zufall:
2 gute Betten
zu verkaufen.
Galenbeck, Wakenitzmauer 122, III.

6flammige Petroleumlampe
billig zu verkaufen.
Blücherstraße 8. part.

Weg. Platzmangel Waschk. 5 Mk., kl. Küchenschrank 4 Mk., g. Unterb. 10 Mk., 2 Stühle a 1.50 Mk.
Fischergrube 54, I.

2 Satz Fertel hat zu verk.
H. Lange, Mori.

Aufgabe halber verschied. Muster bedeutend unter Preis für Händler u. Private. Eleg. bestickte Salongarnituren in Tuch, Plüsch, Gobelin und Seidenbezug **100 M, 150** u. **165.** Prachtvolle Plüschgarnituren **85 M,** Bortgarnituren **110 M,** Divans **65 M,** Umbauten **75 M,** Salon- u. Prunkschränke **75 M,** Vertikos, reich geschnitzt, **55 M,** Salon- und Ausziehtische **18 M,** Gr. Trumeaus **35 M,** Schreibtische, wertvolle Schlafzimmer, Küchen, Garderoben, Lederstühle. Hunderte von Dankschreiben für prachtvolle Lieferungen.
Lager: **Wahnstraße 83.**

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Saison-Ausverkauf

zu riesig billigen Preisen.

Herren-Jackett-Anzüge
früh. Preis 5 bis 28 Mk., jetzt nur **7.10 11.50 12.75 15**

Rock- und Gehrock-Anzüge
früh. Preis 28 bis 57 Mk. jetzt nur **16 18 24** bis **32**

Herren-Kammgarn-Anzüge
früherer Preis 28 bis 54 Mk., jetzt nur **16 18 23 29**

Herren-Paletots und Ulster
früherer Preis 16.50 bis 31 Mk., jetzt nur **9.50 12 14 16**

Herren-Sommer-Joppen von **90** Pfg. an
Einzelne Jacketts für Herren jetzt **5.00**

Knaben-Anzüge . . . jetzt von **1.50** an
Jüngl.- u. Knab.-Somm.-Joppen v. **65** Pfg. an.

Gebr. Vandsburger Inh.: Heinr. Wellmann.
Holstenstr. 10.

Rote Rabattmarken.

Überschuss im Wirtschaftsgeld

habe ich wieder, seit ich nur noch die unübertroffene Holsteinische Eigelb-Pflanzenbutter-Margarine
Müllers
„Köstlich"
in meiner Küche verwende.

Alleinige Fabrikanten:
C. & G. Müller Act.-Ges., Voorde bei Kiel.

Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Käse! Käse! Käse!
3 große Partien vollfetten und fetten Tilsiter
45 und 55 Pfg.
Kleinverkauf vom Engros-Lager Fleischhauerstr. 48.

St. Lorenz erstes und ältestes
Motor- und Fahrradhaus.
Neue und alte Fahrräder
in großer Auswahl.
Eigene Emaillier- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Fernruf 2058.

Schnitzel-Lachs
Paket 20 Pfg.
ff. Flom-Heringe St. 5 u. 10 Pfg.
Prima Matjes-Heringe
Stück 20 und 25 Pfg.
empfiehlt
Nicolai Jäger jr.
Fischstr. 31.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.

Uebernehme Wäsche von jungen Leuten zum Waschen u. Ausbessern, auch Hausstandswäsche. Angebote unter **W H 36** an die Exped.

Amerikanische Uhren-Reparatur-Werkstatt
Lübeck, Hüxstraße 71.
Reparaturen wie bekannt **gut** u. billig. Neue Feder 1 Mk. Uhr reinigen 1 Mk. Jedes Uhrglas 25 Pf. Zeiger 10 Pf. Bügel 10 Pfg. Uhrschlüssel 5 Pfg.
Nur Hüxstr. 71.

Atelier Lubeca
Breite Strasse 13.
Inh. Konrad Brandt.
Anfertigung moderner Photographien von größter Haltbarkeit zu billigen Preisen.

Jede sparsame Hausfrau
bitten wir, unsern Kunsthonig
Heidekönig
(kein sogenannter Mischhonig)
in grünen 1-Pfund-Kartons, Preis 40 Pfg., gütigst im eignen Interesse zu versuchen. Derselbe ist in den meisten Geschäften zu haben.
Lübecker Kunsthonig-Werke
Frehrs & Co.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 27. August von 1 Uhr an.
Dr. med. Busch, Geibelplatz 12.
Dr. med. v. Thaden, Breitestraße 29.
Dr. med. Ad. Christern, Schw. Allee 4.

Meine Spezialität:
Aussteuer-Artikel
Fertige Betten in allen Preisen.
Fertige Bettbezüge.
Fertige Kissenbezüge.
Fertige Bettlaken.
Fertige Handtücher.
Solide Qualitäten, billigste Preise.
Rote Rabattmarken.
Ernst Diederichs
Brockesstr. 25. Ecke Warendorpstr.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Sektions-Versammlung
am Montag, 28. August
abends 8½ Uhr
Tages-Ordnung:
1. Tarif-Vertrag.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Neu-Lauerhof.
Heute Sonntag **gr. Tanzkränzchen**

Wakenitz-Bellevue.
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
Musik: Stadtkapelle.
H. Fürböter.

Friedr.-Franz-Halle
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
L. Stamer.

Zur alten Post, Moisling.
Am Sonntag, dem 27. August,
findet ein
großes Familienkränzchen
statt, wozu freundl. einladet **C. Hoyer.**

Kaffeehaus Moisling.
Montag, am Markttage:
Große Tanzmusik.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Adlershorst.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Einsegel
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
F. Jenkel.

„Weißer Engel".
Ratzeburger Allee 25.
Tanzkränzchen.

Friedrichshof.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Tanzkränzchen

Brauerei Fackenburg.
Sonntag, den 27. August 1911:
Letztes Gartenfest,
Konzert, Preiskegeln, Würfeltisch, Preisschießen.
Italien. Nacht. — Gr. Fackelzug.
Von 8 Uhr:
Großer Sommernachtsball.
Eintritt a Person 20 Pfg., Kinder in Begleitung Erwachs. frei. Jeder Entreezahl. erhält e. Fackel gratis

Moisling.
Das infolge der Maul- u. Klauenseuche verschobene
Sommerfest
(verbunden mit **Kindervergnügen**)
des sozialdemokrat. Vereins
findet jetzt
am Sonntag, dem 3. Sept.,
in Schreibers Kaffeehaus statt.
Der Abmarsch des Festzuges beginnt präzise 4 Uhr.
Das Fest-Komitee.

Zentral-Verband der
Schmiede
Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.
Einladung zum
Sommervergnügen
bestehend in
Konzert, Ball, Preisschießen für Herren, Damen- und Kinderbelustigung
am Sonntag, 3. September
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
Einz. Dame 20 Pfg., wof. Garderobe
Das Komitee.
NB. Das Preisschießen findet von 11—1 Uhr mittags statt und wird um 5 Uhr fortgesetzt.